

# Probleme der Entwicklungsförderung

Ein Beitrag zur Diskussion um die Entwicklungsländer

Von

Paulwalter Conzelmann-Troisdorf

**Inhaltsverzeichnis:** § 1 Die Entwicklungsländer gestern und heute S. 53  
 § 2 Die Entwicklungsländer und ihre wirtschaftliche Situation S. 56 — § 3 Ziel und Motive der Entwicklungsförderung S. 58 — § 4 Voraussetzungen auf seiten der Entwicklungsländer: a) wirtschaftliche Aktivität S. 62 — b) zunehmende Kenntnisse S. 63 — c) ausreichende Kapitalausstattung S. 65 — d) ordnende und planende Kraft S. 67 — § 5 Voraussetzungen auf seiten der kapitalgebenden Länder: a) Wille und Möglichkeit zur Hilfe S. 69 — b) planmäßiger Einsatz der Mittel S. 70 — c) fundierte Kenntnisse über die Entwicklungsländer S. 72 — § 6 Multilaterale Förderungsmaßnahmen S. 75 — § 7 Bilaterale Förderungsmaßnahmen: a) durch den Staat S. 77 — b) durch die Industrie S. 78 — c) durch private Organisationen S. 81 — § 8 Formen der Entwicklungshilfe: a) Maßnahmen zur Intensivierung und Stabilisierung des internationalen Warenaustausches S. 82 — b) finanzielle Hilfeleistungen S. 84 — c) Beratungshilfe S. 86 — § 9 Schlußbemerkungen S. 91

## § 1. Die Entwicklungsländer gestern und heute

Selten hat ein Zeitproblem die Schlagzeilen der Zeitungen und die Überschriften der Zeitschriften so lange Zeit in Anspruch genommen und die Rundfunkkommentatoren so intensiv beschäftigt wie das Problem der Entwicklungsländer. Fast täglich können wir geistvolle und simplifizierende Artikel lesen, die sich mit Fragen der jungen Länder Südamerikas, Afrikas und Asiens befassen. Reisen von Politikern und Wirtschaftskapitänen, aktuelle Geschehnisse regen zu Überlegungen an, die einmal den Assuandamm, dann das Stahlwerk Rourkela und seit Mitte dieses Jahres den Kongo zum Ausgangspunkt haben. Leicht gleitet man bei derartigen Erörterungen von Einzelfragen in Phrasen ab und verallgemeinert Erkenntnisse, die nicht zu verallgemeinern sind. Die Beachtung des Entwicklungsländerproblems zeigt zwar dessen große Bedeutung, wir müssen uns aber vor Augen halten, daß es wenige Probleme unserer Zeit gibt, die so vielschichtig, so kompliziert sind wie gerade dieses; es mischen sich dabei politische,

wirtschaftliche, soziologische, ethnologische, psychologische und geschichtliche Fragen zu einem untrennbaren Ganzen. Darauf bei einigen Problemen der Entwicklungsförderung hinzuweisen und Zusammenhänge anzudeuten, ist Aufgabe dieses Aufsatzes.

Das Entwicklungsländerproblem ist nichts Neues, denn es gab von alters her Kulturstaaten mit einem hohen Stande der Zivilisation und Gebiete, die von diesem Stand weit entfernt waren. Blicken wir in die Geschichte zurück, so waren es immer einzelne Großreiche, militärisch mächtig und kulturell einem Höhepunkt zustrebend, die auf die umliegenden unterentwickelten Länder ihre Macht ausstrahlten. Ob wir Babylonien oder Assyrien, Ägypten, Griechenland oder das römische Imperium betrachten, ob wir uns dem alten China zuwenden oder uns den hohen Lebensstandard des Maya- und des Inkastaates vergegenwärtigen, immer beobachten wir das gleiche Faktum: ein großes mächtiges Reich mit hoher Kultur und umliegend kleine Länder, die von den Großreichen und ihrer Ausstrahlung beeinflusst wurden. Heute hat man Kultur durch Zivilisation ersetzt, die Tatsache jedoch bleibt, daß Länder mit einem relativ hohen Lebensstandard neben Ländern mit einem demgegenüber sehr niedrigen bestehen.

Es hieße der Vergangenheit ein schlechtes Zeugnis ausstellen und würde den Tatsachen widersprechen, wenn man glauben machen wollte, die großen Reiche hätten ihre Eroberungen nur aus machtpolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus gemacht. Das spanisch-habsburgische Reich Karls V. führte selbstverständlich Kriege aus machtpolitischen Überlegungen und suchte Reichtum in den südamerikanischen Staaten; dennoch waren die spanischen Granden und Missionare von einem tiefen Missionseifer beseelt. Für Karl V. und seine Zeit war das Sacrum Imperium ein Mythos der Menschheit<sup>1</sup>. So war es für die damalige Zeit auch nur folgerichtig, daß Papst Alexander VI. 1494 durch einen Schiedsspruch die Interessen Portugals und Spaniens in Südamerika abgrenzte und den Vertrag von Tordesillas zwischen den beiden Staaten in die Wege leitete. Gospel, glory and gold, danach strebten die Spanier in Südamerika<sup>2</sup>. Und es ist kein Zufall, daß das Evangelium an erster Stelle steht, denn einmal war es Rechtfertigung und Vorwand für immer neue Eroberungen<sup>3</sup>, ein Aushängeschild, wie es mit wechselnder Beschriftung schon immer kriegerischen Auseinandersetzungen und widerrechtlichen Bereicherungen vorgeschickt wurde, zum andern war es aber auch ein inneres Anliegen, die christliche Botschaft den heidnischen Völkern zu bringen.

---

<sup>1</sup> Salomon-Delatour, G.: Politische Soziologie, Stuttgart 1959, S. 218.

<sup>2</sup> Collings, H. Th.: Die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika, Leipzig 1930, S. 12.

<sup>3</sup> Maunz, Th.: Das Reich der spanischen Großmachtzeit, Hamburg 1944, S. 59.

Vielleicht lassen sich auch von hier Parallelen zur Gegenwart ziehen, denn wir würden beispielsweise die Amerikaner verkennen, unterstellten wir ihren Bemühungen, den Hilfeleistung empfangenden Ländern auch ihren way of life zu bringen, rein kommerzielle Beweggründe. Die Amerikaner sind zutiefst davon überzeugt, daß ihre Lebens- und Regierungsweise die bestmögliche ist, und sie sind von einem missionarischen Eifer besessen, sie auch den Entwicklungsländern zu oktroyieren.

Das Entwicklungsländerproblem — an sich nichts Einmaliges, erst in unserer Zeit Aufgetretenes — ist im Augenblick so akut, weil es in ein ganz neues Stadium getreten ist und nunmehr allenthalben, in Deutschland, in England, in den USA und im Ostblock eingehend erörtert wird. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges beobachten wir im Verhältnis zwischen weit entwickelten und weniger weit entwickelten Staaten etwas, das sich schon vor einer Generation anzudeuten begann: das Zeitalter des Kolonialismus ist zu Ende gegangen, und die Länder, die daraus profitierten — England gewann beispielsweise von 1870 bis 1900 13 Mill. qkm Land mit 88 Mill. Menschen, Frankreich 9 Mill. qkm Land mit 37 Mill. Menschen<sup>4</sup> — haben an dessen Erbe schwer zu tragen; die Länder, die sich aus der kolonialen Abhängigkeit befreit haben oder im Begriffe sind, dies zu tun, haben sich mit den anderen wenig begünstigten Ländern verbündet und werden sich ihrer Solidarität bewußt<sup>5</sup>. Möglicherweise bahnt sich durch diese Solidarität eine Entwicklung an, die das gesellschaftspolitische Bild unserer Erde grundlegend wandelt; auf alle Fälle ist die Zeit endgültig vorbei, in der Oswald Spengler sagen konnte, daß „uralte Fellachenvölker wie die Inder und Chinesen nie wieder eine selbständige Rolle in der Welt der großen Mächte spielen können“<sup>6</sup>.

Die Bedeutung dieses sich langsam anbahnenden Solidaritätsgefühls wird noch dadurch vergrößert, daß eine Nachricht heute in Sekundenschnelle um die ganze Erde getragen wird, daß wir mit Düsenflugzeugen schon mehr als die doppelte Schallgeschwindigkeit erzielen. Man kann heute nicht mehr mit Goethe sagen, „Kriegsgeschrei, wenn draußen weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen“, berührt uns nicht. Die verbesserten Verkehrs- und Kommunikationsmittel tragen in zunehmendem Maße dazu bei, daß wir hier auf der Erde eine Lebensgemeinschaft sind. Wir stehen vor der dringlichen Aufgabe, einen modus vivendi zu finden, der für alle Länder der Erde gültig

<sup>4</sup> Salomon-Delatour, G.: a.a.O., S. 208.

<sup>5</sup> Myrdal, G.: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1959, S. 67.

<sup>6</sup> Spengler, O.: Jahre der Entscheidung, I. Teil, Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933, S. 56; zit. nach Behrendt, R. F.: Problem und Verantwortung des Abendlandes in einer revolutionären Welt; Recht und Staat 191/192, Tübingen 1956, S. 4.

ist, für die Länder des Ostblocks wie für die des Westens, für die industriellen Kernländer wie für die Entwicklungsländer. Der Soziologe Richard F. Behrendt sagte kürzlich auf einer internationalen Arbeitstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Baden-Baden über Europa und die Entwicklungsländer, daß die dynamische Nachbarschaftssituation, in der wir heute leben, nur noch ein gemeinsames Leben und Sterben gestatte.

## § 2. Die Entwicklungsländer und ihre wirtschaftliche Situation

Wenn wir uns mit dem Verhältnis der industriellen Kernländer zu den Entwicklungsländern, mit dieser dynamischen Nachbarschaftssituation, befassen, so gilt es zunächst einmal, Klarheit darüber zu schaffen, was wir unter Entwicklungsländern verstehen. Es gibt viele Definitionen, und in jedem Artikel, in jedem Buch findet man eine in Kleinigkeiten voneinander abweichende Fassung<sup>7</sup>. Die beste und zugleich einfachste scheint m. E. zu sein: Entwicklungsländer sind Länder, in denen der Unterschied zwischen dem möglichen und dem tatsächlich erreichten Produktivitätsgrad groß ist. Eine deutsche Zeitschrift<sup>8</sup> nannte vor kurzem 68 Länder, die zu den Entwicklungsländern zu zählen sind; sie erstrecken sich von Mittel- und Südamerika über Südeuropa, Afrika, den Nahen Osten, Südasien bis in den Pazifik und bedecken den größeren Teil des Festlandes unserer Erde, obwohl die Länder des Ostblocks, beispielsweise das kommunistische China, nicht eingerechnet worden sind.

Der Ausdruck „Entwicklungsland“ ist in der seit Jahren währernden Diskussion erst verhältnismäßig spät aufgetaucht. Zunächst übernahm Deutschland den im angelsächsischen Sprachraum geprägten Begriff „underdeveloped countries“ in der wörtlichen Übersetzung „unterentwickelte Länder“. Gerade damit traf man aber das Selbstbewußtsein und den Nationalstolz der betroffenen Länder, die sich zu Ländern zweiter Klasse gestempelt glaubten. Überall übte man an der Terminologie Kritik<sup>9</sup>, und auch als Wilhelm Röpke versuchte, den Ausdruck „unentwickelte Länder“ einzuführen<sup>10</sup>, war dem Gefühl des Verletztseins noch nicht begegnet. In Deutschland tauchte dann zum

<sup>7</sup> Vgl. Chelliah, R. J.: Fiscal Policy in Underdeveloped Countries, London 1960, S. 23 f.

<sup>8</sup> Hilfe für Entwicklungsländer, Zeitschrift für Information und Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit. Baden-Baden — Bonn, 2. Jahrg. 1/1960.

<sup>9</sup> Zum Beispiel Niculescu, B. M.: Underdeveloped, Backward or Low Income? The Economic Journal, Vol. 65 (1955), S. 546 ff. Vgl. Laum, B.: Schenkende Wirtschaft, Frankfurt a. M. 1960, S. 375 f.

<sup>10</sup> Röpke, W.: Unentwickelte Länder, Ordo-Jahrbuch 5. Bd., Düsseldorf-München 1953.

ersten Male ein neutralerer Begriff, nämlich „entwicklungsfähige Länder“, auf, und daraus entstand das etwas farblose, aber niemand degradierende Wort „Entwicklungsland“, das heute die Diskussionen und Veröffentlichungen beherrscht. Dieses Beispiel zeigt, wie behutsam im Verkehr mit Entwicklungsländern selbst mit Worten und Begriffen umgegangen werden muß, denn im Grunde genommen war immer der gleiche Tatbestand gemeint; ob unterentwickeltes Land oder Entwicklungsland, Kriterium ist die große Differenz zwischen möglichem und tatsächlich erreichtem Produktivitätsgrad.

Eine ähnliche Entwicklung scheint das Wort „Entwicklungshilfe“ durchzumachen, denn immer häufiger erscheint in letzter Zeit der Begriff „Entwicklungsförderung“. In der Tat scheint dieser Ausdruck den Anforderungen in sehr viel größerem Maße zu genügen als der Begriff Entwicklungshilfe, der in den Entwicklungsländern doch immer wieder zu Assoziationen verleitet, die an internationale Sozialpolitik oder sogar an internationale Armenpflege erinnert. Gerade das wollen aber die Entwicklungsländer nicht, ihnen liegt vor allem an einer Partnerschaft, die auf echter Gegenseitigkeit beruht<sup>11</sup>.

Die Situation der Entwicklungsländer kann man sich an einigen wenigen Zahlen deutlich machen: es verteilen sich etwa 70 % des Welteinkommens auf knapp 18 % der Weltbevölkerung. Diese 18 % haben ein durchschnittliches jährliches Einkommen von 900 bis 1000 Dollar; für die Entwicklungsländer hat man ein Pro-Kopf-Einkommen von wenig über 50 Dollar im Jahr errechnet. Die Entwicklungsländer beherbergen aber 67 % der Weltbevölkerung<sup>12</sup>. Das Industripotential der Entwicklungsländer ist weit hinter dem der Industrieländer zurückgeblieben; so fallen im Jahre 1958 bei einer Gesamt-Rohstahlerzeugung von 271,5 Mill. t auf die Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas nicht einmal 5,2 Mill. t<sup>13</sup>. Die Lebenserwartung in den westlichen Industriestaaten beträgt heute 66 bis 72 Jahre, in Indien dagegen nur 35 Jahre. Auf einen Arzt kommen in Westdeutschland 700 Einwohner, in Indien 5700, in Nigeria und Liberia rechnet man einem Arzt sogar mehr als 50 000 Einwohner zu, also mehr als 70mal soviel wie in Deutschland. Die Erdbevölkerung zählt heute knapp 3 Mrd. Menschen. Manche Berechnungen sagen, daß es im Jahre 2000 über 6 Mrd. sein werden, wenn die Geburtenhäufigkeit im bisherigen Maße anhält und die Lebenserwartung im Rahmen der bisherigen Annahme steigt. Von diesen 6 Mrd. Menschen werden allein zwei

---

<sup>11</sup> Conzelmann, P.: Probleme der Entwicklungshilfe, Die Neue Ordnung, Heft 2, April 1960, Jahrg. 14, S. 144.

<sup>12</sup> National and Per Capita Income, Seventy Countries, 1949, New York 1950 (United Nations Statistical Papers, Series E, 1).

<sup>13</sup> Stahl und Eisen, Zeitschrift für das deutsche Eisenhüttenwesen, 80. Jahrg., Düsseldorf 1960, S. 975.

Drittel in Asien leben, also in Ländern, die man heute zum größten Teil als Entwicklungsländer bezeichnet<sup>14</sup>.

### § 3. Ziel und Motive der Entwicklungsförderung

Diese Zahlen über die Entwicklungsländer sprechen eine deutliche Sprache. Sie lassen die Schwierigkeiten ahnen, die auftreten, wenn es sich Ost und West zur Aufgabe gemacht haben, Maßnahmen zur Entwicklungsförderung zu ergreifen. Wenn man aber die Vielzahl der Maßnahmen betrachtet, so verliert man leicht das Ziel aus den Augen, zu dessen Erreichung alle Hilfen geleistet werden. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß der Versuch, den Entwicklungsländern zu helfen und ihren Lebensstandard nachhaltig zu heben — das ist letztlich das Ziel aller Maßnahmen zur Entwicklungsförderung — weder allein aus wirtschaftlichen noch aus humanitären noch aus politischen Motiven zu erklären ist.

Selbstverständlich haben politische Überlegungen ein sehr großes Gewicht, denn man hat auf östlicher wie auf westlicher Seite erkannt, daß die Auseinandersetzung und der Wettkampf zwischen den beiden Machtblöcken möglicherweise nicht militärisch — deshalb nennt es der Osten auch Koexistenz —, sondern dadurch entschieden wird, wem sich letztlich die Entwicklungsländer zuneigen. Dennoch geben weder Ost noch West den Entwicklungsländern gegenüber zu, daß sie ihre Hilfeleistungen um der politischen Einflußnahme willen gewähren. Mit großem Interesse verfolgen sie jedoch, welche Staatsform sich in den Entwicklungsländern durchsetzt, ob sich der Kommunismus heimisch machen kann und die Macht erringt oder ob die Demokratie als Staatsform Fuß faßt. Bei derartigen Überlegungen muß man sich vor Augen halten, daß die Demokratie eine Ordnungsform ist, und daß man sich für eine Ordnungsform entscheidet wegen ihrer Eignung als Mittel, hier als Mittel zur Erhöhung des Lebensstandards.

Es ist deswegen äußerst gefährlich, den Entwicklungsländern eine Ordnungsform aufzuzwingen, von deren Wert sie nicht selbst überzeugt sind, und wir dürfen nicht vergessen, daß die Sowjetunion durch ihre unbestreitbar großen wirtschaftlichen Fortschritte auch eine Anziehungskraft auf politischem Gebiet ausübt. Badr-ud-Din-Tyabji, der Botschafter Indiens in der Bundesrepublik, referierte auf der Baden-Badener Entwicklungsländertagung am 10. März 1960 über die politischen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und sagte, daß die Menschen der bündnisfreien unterentwickelten Länder

<sup>14</sup> Die Zahlenangaben stammen aus Vorträgen von Richard F. Behrendt über „Die Entwicklungsvölker und wir in der Welt von heute und morgen“ und Lord Boyd Orr über „Der Bevölkerungsanstieg als dynamisches Element der Weltpolitik“, Baden-Baden am 10. und 11. 3. 1960.

die Geschichte ihres eigenen moralischen und politischen Abstiegs kennen, daß sie jedoch keineswegs bereit seien, sich nun wie hilflose, unwissende Kinder behandeln oder bevormunden zu lassen, weil sie in der letzten Periode ihrer Geschichte materielle Fortschritte aus Gründen versäumten, an denen der Westen nicht ganz unschuldig sei. Sie könnten keinen Augenblick vergessen, was der Westen und der Osten auf wirtschaftlichem Gebiet erreicht hätten, der Osten sehr schnell und ohne viel Hilfe von außen, ja sogar angesichts einer feindlichen Außenwelt — also unter Umständen, die denen der bündnisfreien Länder ähneln. Dies hätte jedoch einen Preis gefordert, den beispielsweise Indien vermeiden wolle. Menschliche Sympathie sei zwar für das sowjetische Volk vorhanden, nicht aber für das kommunistische System. Obwohl die kommunistische Lebensweise derjenigen der bündnisfreien Völker fremd sei und sich die westliche Lebensform am besten mit den Traditionen der frei gewordenen Völker in Einklang bringen lasse, bestünden gerade zwischen den bündnisfreien Entwicklungsländern und den östlichen Völkern wenig Spannungen. Dies erkläre sich nicht zuletzt daraus, daß sich die freien Völker im Kontakt mit den Menschen des Ostens in moralischem Sinne überlegen fühlten und daß der Osten seinerseits nicht mit moralischen Ansprüchen wetteifere. So hätten die Menschen der bündnisfreien Länder das angenehme Gefühl, wenigstens in einem Lebensaspekt führend zu sein. Demgegenüber nähmen sie die Ermahnungen des Westens, nach seinen Grundsätzen zu leben, ohne daß er genügend Hilfe zur Schaffung der Voraussetzungen dazu gewähre, übel auf.

Die parlamentarische Demokratie verlangt jedoch, soll sie wirklich funktionieren, ein Staatsbewußtsein, das zwar in Indien vorhanden sein mag, das aber in vielen Entwicklungsländern, deren Bewohner bisher unter der Kolonialherrschaft europäischer Mächte oder unter einer überkommenen Stammesfeudalherrschaft lebten, fehlt. Träger der meisten jungen Staaten ist eine neue Elite, die durch die Entwicklung an die Spitze getragen worden ist. Sie rekrutiert sich weder aus der alten Aristokratie noch aus der Masse der ländlichen Bewohner, sondern hat sich aus Intellektuellen, Offizieren und einzelnen Persönlichkeiten des städtischen Proletariats gebildet. Diese Elite kann sich weder auf eine alte Macht noch auf eine parlamentarische Demokratie stützen, sie ist auf autoritäre Herrschaft angewiesen. Das Oberhaupt des Staates gehört der neuen Elite an. Seine Herrschaft trägt stark charismatische Züge; seine Person wird oft zum Integrationsymbol, um das sich langsam eine Nation bildet. Die charismatische Herrschaft wird sich aber früher oder später institutionalisieren, und ob sich dieser Institutionalisierungsprozeß in Richtung Kommunismus oder in Richtung Demokratie bewegt, ist für uns alle die entscheidende Frage. Es erwächst daraus die Aufgabe, den Entwicklungsländern Wege zu

einer funktionsfähigen Organisationsform ihres Staates zu zeigen, in der dem Prinzip der Freiheit in größtmöglichem Maße Rechnung getragen wird. „Diese Mission des Abendlandes als Geburtshelfer der Freiheit zur verantwortungsbewußten Selbstentfaltung ist universal<sup>15</sup> und ist vielleicht von noch größerer Bedeutung als die rein wirtschaftliche Hilfe. Dabei darf man nie vergessen, daß es nicht nur verschiedene Wege zum Kommunismus, sondern auch verschiedene Wege zur Demokratie gibt.

Ob es nun die kapitalgebenden Länder eingestehen oder nicht, diese langfristige politische Einflußnahme ist eines der Hauptmotive, um derentwillen man Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums ergreift. Allerdings dürfen wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß wir „Übereinstimmung oder effektive Bündnisse mit den Neuen Staaten . . . mit Hilfe unserer wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung kaufen können. Alles was wir tun können, und meiner Meinung nach tun müssen, ist, daß wir bei der Schaffung freier und unabhängiger Regierungen helfen“<sup>16</sup>.

Es ist jedoch sehr schwer, eine Auseinandersetzung nur mit geistigen Waffen zu bestehen; mit dem erhöhten Lebensstandard und der sozialen Sicherung ist aber auch die politische Sicherung eng verbunden<sup>17</sup>. Diesen Tatbestand haben die Missionare seit Beginn ihres Wirkens erkannt, denn es ist sehr viel leichter, Menschen zum Christentum zu führen, wenn es ihnen wirtschaftlich besser als vorher geht. Von der vielleicht großartigsten, bestimmt aber geschlossensten Missionsleistung christlicher Missionare, vom Jesuitenstaat von Paraguay, wissen wir, daß es den Patres nur gelang, ihre Indianer auf die Dauer dem christlichen Glauben zuzuführen, weil sie deren Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern verstanden<sup>18</sup>. In vielleicht noch stärkerem Maße hängen heute wirtschaftliche Hilfeleistungen und politische Einflußmöglichkeit zusammen. Der Streit um Kuba gibt ein aktuelles Beispiel für dieses Verflochtensein; kaum hatten die USA die Zuckerimporte, empört durch die Provokationen des bärtigen Präsidenten Fidel Castro, gesperrt, erklärte sich Sowjetrußland bereit, diesen Zucker zu übernehmen, wohl wissend, daß von dessen Verkauf Wohl und Wehe Kubas abhängt. In derselben Weise hat es schon früher Absatzschwierigkeiten der Entwicklungsländer dazu benutzt,

<sup>15</sup> Behrendt, R. F.: Problem . . . a.a.O., S. 41.

<sup>16</sup> Stevenson, A. F.: Call to Greatness, Harper 1954, S. 92, zit. nach Myrdal, G.: Internationale Wirtschaft, Berlin 1956, S. 159.

<sup>17</sup> Mommsen, E. W.: Wir brauchen die Entwicklungsländer, Deutsche industrielle Großanlagen im Ausland, Beilage zum Industriekurier Nr. 117 vom 2. 8. 1960.

<sup>18</sup> Roscher, W./Jannasch, R.: Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, 3. Aufl., Leipzig 1885, S. 69, und Conzelmann, P.: Wirtschaftswachstum und -entwicklung im Jesuitenstaat von Paraguay, Diss. Köln 1958.



ihre Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren und damit auch die politischen Kontakte zu fördern, indem es 1954 die Reisüberschüsse Burmas, 1954/55 einen großen Teil der Baumwollernte Ägyptens und 1957 die Fischexporte aus Island aufkaufte. Ein ganz anderes Beispiel für die enge Verbindung politischer und wirtschaftlicher Interessen zeigt sich in der massiven Einflußnahme der USA auf die NATO-Verbündeten durch Unterstaatssekretär Dillon im Mai 1960, ihre wirtschaftlichen Hilfeleistungen an Entwicklungsländer zu erhöhen; dahinter steht immer die Sorge, dem Westen könnte sonst noch mehr Boden gegenüber dem Kommunismus verlorengehen.

Die wirtschaftlichen Unterstützungsleistungen bedeuten aber nicht nur in Verbindung mit politischen Überlegungen etwas. Gerade die wirtschaftlichen Belange haben für die industriellen Kernländer erhebliches Eigengewicht, denn schließlich erhoffen diese sich nach dem „Gesetz der rückstrahlenden Wohlfahrt“, daß sich durch den infolge der Industrialisierung gehobenen Lebensstandard in den Entwicklungsländern in the long run neue Absatzmärkte für ihre eigenen Erzeugnisse auftun. Die dortige Absatznähe, verbunden mit einem Mangel an Arbeitskräften im Heimatland und vielleicht sogar begünstigt durch billige Rohstoff- und Energiequellen, legt es Unternehmen der Industrieländer sehr oft nahe, Niederlassungen in Entwicklungsländern zu gründen oder sich an dortigen Firmen zu beteiligen.

Neben den politischen und wirtschaftlichen Motiven sind es humanitäre Beweggründe, die die Entwicklungshilfe begünstigen. In Punkt 1 des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft<sup>19</sup> heißt es z. B.: „Die Bundesrepublik hat sich entschlossen, den sog. Entwicklungsländern wirtschaftliche Hilfe zu leisten. . . . Der Entschluß beruht nicht nur auf ökonomischen Erwägungen. . . . Er ist ethisch begründet in der humanitären Verpflichtung der Länder mit hohem Lebensstandard und mit größerer wirtschaftlicher Erfahrung, den Völkern der Erde beizustehen, die sich in schwerer wirtschaftlicher Not befinden.“ Mit dieser Auffassung steht die Bundesrepublik nicht allein. Eine internationale Sozialpolitik gewinnt an Boden, und eine Solidarität beginnt sich nicht nur unter den Entwicklungsländern, sondern auch zwischen Ländern mit verschiedenem Lebensstandard auszubreiten. „Es geht nicht mehr um eine privilegierte Klasse“, sagte Professor von der Ven, „auch nicht mehr um eine privilegierte Nation, die Solidarität wird total und umfaßt die ganze Menschheit“<sup>20</sup>.

<sup>19</sup> Veröffentlicht im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 29 vom 12. 2. 1960, S. 281 ff.

<sup>20</sup> Zit. nach H e y d e, P.: Internationale Sozialpolitik, Heidelberg 1960, S. 160.

#### § 4. Voraussetzungen auf seiten der Entwicklungsländer

Die Erhöhung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern, erklärtes Ziel aller Förderungsmaßnahmen, hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sowohl auf seiten der Entwicklungsländer als auch der industriellen Kernländer die Voraussetzungen dafür geschaffen sind<sup>21</sup>. Die Vorbedingung dafür ist, daß die soziale Struktur, die überlieferte statische Gesellschaftsordnung in den Entwicklungsländern umgeformt, die feudale Herrschaft auf möglichst friedliche Weise abgelöst wird und politische Unabhängigkeit und Eigenverantwortung gefördert werden<sup>22</sup>. Weitere Voraussetzungen hat W. A. Lewis in seinem Werk „The Theory of Economic Growth“ dargestellt, einem Buch, das in Deutschland viel zu wenig beachtet wird, obwohl es in einer deutschen Übersetzung von Herbert von Beckerath erschienen ist<sup>23</sup>. Er nennt wirtschaftliche Aktivität, zunehmende Kenntnisse und ausreichende Kapitalausrüstung die Grundlagen jedes wirtschaftlichen Wachstums. Nur darauf kann eine Wirtschaftspolitik basieren, die Existenzsicherung, Leistungssteigerung und Festigung des sozialen Gefüges anstrebt und damit die Voraussetzungen erfüllt, die man von einem echten wirtschaftlichen Partner — das sollen und wollen die Entwicklungsländer werden — erwarten kann.

##### a) Wirtschaftliche Aktivität

Grundlage allen Wirtschaftens ist die Bereitschaft zu tätigem Handeln beim einzelnen Menschen und in der Gruppe; eine gewisse Trägheit, die auf Brauchtum, Klima, Ernährung oder Krankheiten, auf den Hang zur Gruppe und deren Organisation oder auf die Abneigung gegen die Gruppe, auf die Umgebung oder auf bloße Zufälle zurückzuführen sein mag, muß überwunden und durch Arbeitseifer und Glaube an den Fortschritt<sup>24</sup> ersetzt werden. Die Anstrengungen, menschliche Arbeitskraft in den Entwicklungsländern zu aktivieren, werden jedoch dadurch erschwert, daß in den meisten Ländern Afrikas und Asiens nicht der einzelne, verantwortungsfähige Mensch, sondern die organische soziale Gruppe — der Stamm, die Dorfgemeinschaft, die Großfamilie — Wirtschaftseinheit ist. „Die Früchte der wirtschaft-

<sup>21</sup> Conzelmann, P.: Partnerschaft mit Entwicklungsländern, Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik, Frankfurt a. M. 1960, Heft 5, S. 281 ff.

<sup>22</sup> Philip, A.: Die Hilfe für die Entwicklungsländer, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 4. Jahr, Festaussgabe für Eduard Heimann, Tübingen 1959, S. 247 f., und Behrendt, F. R.: Freiheitliche Entwicklungspolitik, Ordo-Jahrbuch für die Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft, 8. Band, Düsseldorf-München 1956, S. 102.

<sup>23</sup> Lewis, W. A.: Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen-Zürich 1956.

<sup>24</sup> Philip, A.: a.a.O., S. 248.

lichen Tätigkeit der einzelnen kommen der sozialen Einheit zugute und verteilen sich auf alle Mitglieder, also auch auf die nicht arbeitenden<sup>25</sup>.“ Die Bereitschaft, mehr zu arbeiten, ist aber im allgemeinen bedeutend größer, wenn das durch die Arbeitsleistung erzielte Einkommen dem Arbeitenden selbst oder seiner engeren Familie zufließt und nicht der ganzen Gruppe; besonders dann, wenn das Aufeinandertreffen zweier verschieden weit entwickelter Kulturen den Angehörigen des auf einem niederen Zivilisationsstand stehenden Volkes nach und nach aus den engen Bindungen der herkömmlichen sozialen Gruppe löst. Inwieweit es gelingt, diese Bindungen durch eine Bindung an eine genossenschaftliche Organisation zu ersetzen und auch die „untersten Schichten der Bevölkerung zur tätigen Mithilfe bei der Anhebung des gesamten Wirtschaftsniveaus ihrer Länder“<sup>26</sup> zu gewinnen, bleibt abzuwarten. Tatsache ist, daß gerade Genossenschaftsorganisationen beim Aufbau der Entwicklungsländer eine große Rolle spielen<sup>27</sup>; Voraussetzung allerdings ist, daß die zersetzenden Folgen des Verstärkungsprozesses beim industriellen Aufbau vermieden werden können<sup>28</sup>.

Hinzu kommt die in den Entwicklungsländern nur in sehr geringem Maße entwickelte Fähigkeit, Vorsorge zu treffen. Schon bei den Naturvölkern stoßen wir auf die Erscheinung, daß sie von der Hand in den Mund leben, schlechte Jagdtage Hungertage sind und eine Mißernte unweigerlich eine große Hungersnot zur Folge hat<sup>29</sup>. Es ist daher eine große Aufgabe, nicht nur die Arbeitsbereitschaft in den Entwicklungsländern zu fördern, sondern auch die Verhaltensweisen ihrer Bewohner, beispielsweise in bezug auf das Sparen, langfristig zu beeinflussen und die Fähigkeit des Wirtschaftens, des Einteilens und Vorsorgens zu entwickeln.

### b) Zunehmende Kenntnisse

Der Produktionsfaktor Arbeit, der in den Entwicklungsländern in überreichem Maße vorhanden ist, kann aber nur dann Früchte tragen, wenn das Wissen um handwerkliche und wirtschaftliche Fakten

<sup>25</sup> Meyer-Dohm, P.: Entwicklungsprobleme unentwickelter Länder, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 3. Jahr, Tübingen 1958, S. 207.

<sup>26</sup> Hasselmann, E.: Genossenschaftliche Selbsthilfe und Fremdhilfe in Entwicklungsländern, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 3. Jahr, Tübingen 1958, S. 158.

<sup>27</sup> Ebenda S. 150 ff.

<sup>28</sup> Siehe auch Egnér, E.: Stadt und Land im Industrialisierungsprozeß unterentwickelter Länder, Hamburger Jahrb. f. Wirtschaft- u. Gesellschaftspol., 4. Jahr, Festaussgabe für E. Heimann, Tübingen 1959, S. 100 ff.

<sup>29</sup> Vgl. Freiherr v. Mantuffelgen, Szöge, C.: Das Sparen (Sein Wesen und seine volkswirtschaftliche Wirkung), Jena 1900, S. 37.

erhöht wird<sup>30</sup>. So sind zunehmende Kenntnisse neben der wirtschaftlichen Aktivität die zweite Voraussetzung des wirtschaftlichen Wachstums; sie allein ermöglichen eine technische Entwicklung, die zur Herstellung bisher unbekannter Güter, Einführung moderner Produktionsmethoden und Erschließung neuer Hilfsquellen führt. Dabei ist die Form, in der ein Volk dem anderen Kenntnisse übermittelt, für deren Aufnahme und Weiterentwicklung von entscheidender Bedeutung. Das unterentwickelte Land hat zwar, verglichen mit dem „Mutterland“, geringere Kenntnisse aufzuweisen, es kann aber in der Regel auf eine eigene, oft lange geschichtliche Entwicklung zurückblicken und besitzt Institutionen und Symbole, die von dem gebenden Teil respektiert werden müssen. Insbesondere ist die Erwägung, daß es auf wirtschaftspolitischem Gebiet keine absoluten Wahrheiten gibt, in eine derartige Betrachtung stets mit einzuschließen. Mag die Fellachenwirtschaft in Ägypten mit ihrer primitiv anmutenden Anbauweise amerikanischen Landwirtschaftsexperten als überholt erscheinen, so ist doch erwiesen, daß in der dortigen Gegend Traktoren und ähnliche technische Geräte fehl am Platz wären und der größte Hektarertrag gerade durch die intensive Bearbeitung des Bodens erzielt wird. Daß die menschliche Arbeitskraft dabei — gesehen unter dem amerikanischen Blickwinkel — höchst „unwirtschaftlich“ eingesetzt wird, ist unerheblich, da es an dem Produktionsfaktor Arbeit in diesen Ländern nicht mangelt. Man darf nicht in den Fehler verfallen, alles mit eigenen Maßstäben zu messen und zu glauben, die eigenen Methoden seien die einzig richtigen<sup>31</sup>.

Ein schwieriges Problem ist es aber, den richtigen Weg zur Vermittlung von Kenntnissen zu finden. Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, Kenntnisse zu vermitteln: Arbeiter, Studenten und Lehrer können bei uns ihre Ausbildung erfahren, oder aber wir versuchen, Experten hinauszuschicken, die in den Entwicklungsländern selbst Kenntnisse vermitteln.

Die Zahl der Praktikanten und Studenten aus Entwicklungsländern ist in den letzten Jahren rasch angewachsen. Diese Studenten erfordern eine Betreuung, die bis jetzt noch nicht zur vollständigen Zufriedenheit gelungen zu sein scheint. Es ist nicht damit getan, daß die Praktikanten in den Betrieben und die Studenten an den Universitäten eine gute fachliche Ausbildung bekommen; es ist mindestens genau so wichtig, daß diese unsere Gäste mit unserer Lebensform, unseren Anschauungen, unserem Kulturgut und auch unserer Demokratie ver-

<sup>30</sup> Siehe auch Billerbeck, K.: Mobilisierung brachliegender Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten asiatischer und afrikanischer Entwicklungsländer, Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 6, Berlin 1960, S. 120 ff.

<sup>31</sup> Vgl. Guth, W.: Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Tübingen-Basel 1957, S. 5.

traut werden. Das kann aber nicht nur von seiten der Organisationen geschehen, es ist eine Aufgabe, die sich weite Kreise des Volkes stellen müssen (vgl. § 8 c).

### c) Ausreichende Kapitalausstattung

Für jede Volkswirtschaft, die sich in der Entwicklung befindet, ist neben den beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Boden Kapital erforderlich; Finanzierung und Kapitalausstattung sind für die Entwicklungsländer stets besonders schwierige Probleme. Fremdinvestitionen oder Investitionen aus Ersparnissen sind die beiden möglichen Kapitalquellen. Wir wissen aber, daß ein Entwicklungsland aus Ersparnissen nur sehr wenig investieren kann. Der Staat muß zudem bei der Erhebung von Steuern sehr behutsam vorgehen, um dem Land, das eben an der Schwelle wirtschaftlichen Wachstums steht, nicht durch unverünftige Steuerpolitik wieder Kraft zu entziehen. Die Erfahrung in Marokko und Tunis zeigt sogar, daß das Steueraufkommen junger, gerade selbständig werdender Staaten durch die Flucht von europäischen Siedlern und Unternehmern, die bisher die besten Steuerzahler waren, zurückgehen kann. Die Möglichkeit, Investitionsfinanzierung mittels deficit spending zu treiben, ist währungspolitisch gerade in einem Entwicklungsland, das auf das Vertrauen der industriellen Kernländer angewiesen bleibt und deshalb eine Inflation nicht heraufbeschwören sollte, nur in sehr bescheidenem Umfang gegeben<sup>32</sup>. Am Beginn eines wirtschaftlichen Entwicklungsvorganges stehen daher meist Fremdinvestitionen, die aber so zweckmäßig und wirtschaftlich eingesetzt werden müssen, daß sie das wirtschaftliche Wachstum an der für das Land günstigsten Stelle fördern und die verhältnismäßig bald Erlöse bringen, die Neuinvestitionen gestatten, so daß auf diese Weise Fremdinvestitionen allmählich durch Eigeninvestitionen ersetzt werden können.

Viele Entwicklungsländer sind bis heute in erster Linie auf die Ausfuhr von Rohstoffen angewiesen. Eine Zeit der Rohstoffbaisse kann dem Land aus diesem Grunde so große Verluste bringen, daß sie durch Kapitalzufluß von außen gar nicht wettgemacht werden können. Eine planmäßige Industrialisierung soll die Entwicklungsländer aus dieser einseitigen Abhängigkeit lösen, kann aber nur dann Erfolg haben, wenn für die industriellen Produkte Absatzmöglichkeiten nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland gefunden werden.

Oft sind es jedoch die Entwicklungsländer selbst, die, obwohl sie stets wirtschaftliche Partnerschaft fordern, durch ihre Haltung, durch

---

<sup>32</sup> Meimberg, R./Jürgensen, H.: Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern, Berlin 1959, S. 19 ff., und Chelliah, R. J.: a.a.O., S. 150 ff.

Gesetze und Verordnungen verhindern, daß sich die wirtschaftliche Initiative der privaten Unternehmer ihnen zuwendet; ausländische Kapitalinvestitionen unterliegen sogar erheblich erschwerenden Auflagen. So gestatten viele Länder ausländische Kapitalbeteiligungen an Industriegesellschaften nur in einer Höhe von 49 % und behalten sich damit selbst die Majorität vor. Indien beispielsweise hat darüber hinaus ein Steuergesetz erlassen, das Dividenden, die über 6 % hinausgehen, mit einer zusätzlichen Super-Tax von 10 bis 30 % belastet<sup>33</sup>. Daß derartige Maßnahmen nicht geeignet sind, ausländisches Privatkapital ins Land zu ziehen, liegt auf der Hand. So sind bis 1955 56 % der privaten Auslandshilfe der USA, das sind etwa 16 Mrd. \$, nach Kanada und Westeuropa geflossen, aber nur 17 % in die Entwicklungsländer. Der englische und westdeutsche private Kapitalexport zeigt ähnliche Relationen<sup>34</sup>. Weitere Unsicherheitsfaktoren für Investoren sind die oft wenig geklärten politischen Verhältnisse, die immer drohende Gefahr einer Verstaatlichung und — was vielleicht noch viel aktueller ist — die staatlichen Eingriffe durch die Planwirtschaft, die den Unternehmen Preise und Kontingente vorschreiben und dadurch eine Rentabilität verhindern. Es wird von vielen Seiten versucht, diese Hemmnisse zu mildern oder zu beseitigen, aber sie ganz aus der Welt zu schaffen, wird nur schwer gelingen<sup>35</sup>. Eine Lösung dieses Problems ist aber nötig, wenn die Entwicklungsländer Auslandskapital ins Land holen wollen und nicht noch den Abzug von Kapital fördern, wie dies schon in einigen Staaten der Fall war<sup>36</sup>.

Ein Finanzfachmann wie Herrmann J. Abs schlägt in diesem Zusammenhang eine internationale Konvention, eine Charta zum Schutz von Auslandsrechten, vor, „in der sich alle Vertragsstaaten, und zwar sowohl typische Kapitalexport- wie Kapitalimportländer, verpflichten, private ausländische Rechte und Interessen fair und gleichberechtigt zu behandeln und von direkten und indirekten rechtswidrigen Eingriffen in solche Interessen Abstand zu nehmen“<sup>37</sup>. Wie schwierig derartige Verträge bei dem ausgeprägten Nationalgefühl der Entwicklungsländer abzuschließen und vor allem auch einzuhalten sind, lehrten uns die letzten Jahre. Dieses Nationalgefühl erklärt auch die Empfindlichkeit, mit der die Entwicklungsländer auf große unternehmerische Initiative und bedeutende Kapitalbeteiligungen in ihren Ländern

---

<sup>33</sup> Chelliah, R. J.: a.a.O., S. 115.

<sup>34</sup> Vgl. Abs, H. J., Zeitfragen der Geld- und Wirtschaftspolitik, Frankfurt/Main, 1959, S. 112.

<sup>35</sup> Vgl. Meimberg, R./Jürgensen, H.: a.a.O., S. 14.

<sup>36</sup> Friedensburg, F.: Bedeutung des Bergbaus bei der Erschließung der Entwicklungsländer, Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 6, Berlin 1960, S. 61, und Behrendt, F. R.: Freiheitliche Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 90.

<sup>37</sup> Abs, H. J., a.a.O., S. 78.

reagieren<sup>38</sup>. Argwöhnisch vermuten sie dahinter eine neue Art des Imperialismus und Kolonialismus, so daß sie es verständlicherweise für wichtig und im Rahmen ihrer nationalen Selbständigkeit sogar für unerläßlich halten, ihrem eigenen Einfluß die Majorität zu sichern.

Eine Ausnahme stellt in diesen Fragen der Sudan dar. Dort werden große Anstrengungen gemacht, Auslandskapital ins Land zu locken. Ein Gesetz aus dem Jahre 1956 garantiert ausländischen Kapitalgebern Steuerermäßigungen, wenn an dem neuen Betrieb öffentliches Interesse besteht und er gute Zukunftsaussichten hat. Sogar Zollermäßigungen für die Rohstoffeinfuhr, Zollschutz für die erzeugten Güter und Vorzugstarife auf den Eisenbahnen werden unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht gestellt. Die Gewinne können ins Ursprungsland transferiert werden, eine sudanesishe Beteiligung an Kapital und Betriebsleitung wird nicht verlangt, und ausländische Unternehmen werden gegenüber inländischen nicht diskriminiert<sup>39</sup>.

#### d) Ordnende und planende Kraft

Selbst wenn die wirtschaftliche Aktivität in den Entwicklungsländern ausreichen sollte, die Kenntnisse sich stetig mehren und eine ausreichende Kapitalausstattung vorhanden ist, muß in diesen Ländern, deren wirtschaftlicher Aufbau nicht langsam und organisch vonstatten gehen kann, eine Institution vorhanden sein, die alle dem wirtschaftlichen Wachstum dienenden Maßnahmen koordiniert, die ordnet, vorsorgt und organisiert<sup>40</sup>. Ihr bleibt es ferner vorbehalten, die richtigen wirtschafts- und geldpolitischen Maßnahmen zu treffen, ein vernünftiges Produktionsprogramm zu entwickeln und den Handel zu organisieren, die Bodenschätze nutzbar zu machen und die Verkehrswege anzulegen. Es liegt nahe, daß diese Aufgaben in den Entwicklungsländern vom Staat übernommen werden<sup>41</sup>, der dort weit entscheidender ins Wirtschaftsleben eingreifen muß als in unseren westlichen Demokratien. Der industrielle Aufbau setzt nämlich nicht nur Kapital, sondern auch Kapitalisten voraus; gerade daran mangelt es aber allerorten. Es genügt nicht, den Angehörigen von Entwicklungsländern bei uns oder durch Experten im eigenen Land lediglich handwerkliche Fertigkeiten beizubringen; damit allein ist eine Industrialisierung nicht voranzutreiben. Ebenso wichtig wie das Vertrautsein mit der technischen Seite ist das Verständnis für alle wirtschaftlichen Be-

<sup>38</sup> Vgl. EWG und assoziierte überseeische Länder, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 42 vom 3. März 1960.

<sup>39</sup> Sudan — ein weites Feld für Auslandsinvestitionen, Handelsblatt vom 6. April 1960.

<sup>40</sup> Lewis, W. A.: a.a.O., S. 423 ff.

<sup>41</sup> Vgl. Behrendt, R. F.: Problem ... a.a.O., S. 18 f., und Myrdal, G.: Ökonomische Theorie ... a.a.O., S. 77, sowie ders.: Internationale Wirtschaft, a.a.O., S. 253 ff.

lange und die Fähigkeit, ökonomisch rationale Leitungs- und Lenkungsmaßnahmen zu treffen. Zu wirklichem Erfolg führen derartige Bemühungen aber nur, wenn die zunehmenden Kenntnisse nicht nur auf die Bereitschaft zu tätigem Handeln beim einzelnen Menschen treffen, sondern wenn man in den Entwicklungsländern auf unternehmerische Initiative stößt, ohne die ein gesundes wirtschaftliches Wachstum undenkbar ist.

Es mag zwar sein, daß in den Entwicklungsländern potentiell eine unternehmerische Schicht vorhanden ist; deren Verhaltensweisen wurden aber über Jahrhunderte — oft bedingt durch religiöse und soziale Vorurteile — falsch geleitet, so daß es heute kein risikofreudiges Unternehmertum gibt, das von seiner inneren Einstellung und seinem technischen und kaufmännischen Wissen her geeignet wäre, eine Industrie aus eigenem Antrieb und in eigener Verantwortung schnell und in einem Ausmaß aufzubauen, daß dadurch der Lebensstandard entscheidend gehoben würde. Kapital ist auch in den Entwicklungsländern in gewissem Maße vorhanden, die Eigentümer dieses Kapitals gehören aber der alten Herrschaft an. Dies macht es politisch im Augenblick unmöglich, daß die Industrieländer in größerem Umfang mit ihnen zusammenarbeiten. Die politisch führende Schicht steht der ehemaligen Herrschaft mit großem Vorbehalt gegenüber.

So können die industriellen Kernländer auf die staatlichen Stellen als Verhandlungspartner von seiten der Entwicklungsländer nicht verzichten. Es wächst ihnen damit aber auch eine neue Aufgabe zu: auf staatliche Organisationen Einfluß auszuüben und ihren Aufbau zu beeinflussen. Wirtschaftliche Berater bei den Regierungen der Entwicklungsländer sind für jedes Hilfe gewährende Land eine Notwendigkeit geworden, denn von dort geht die wirtschaftliche Initiative aus, und von dort werden die Förderungsmaßnahmen gelenkt.

Maßnahmen zur Entwicklungsförderung brauchen aber nicht unbedingt nur mit der Regierung eines Entwicklungslandes abgestimmt werden. Wir beobachten in den letzten Jahren die Tendenz, daß sich Länder, zu welchen Zwecken auch immer, zusammenschließen. Der Colombo-Plan<sup>42</sup> ist heute noch wirksam, die afrikanischen und arabischen Staaten stehen in mehr oder weniger engem Zusammenhang, und die lateinamerikanischen Länder diskutieren seit Jahren das Projekt einer gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone; am 19. Februar 1960 wurde in Montevideo sogar ein Vertrag unterzeichnet, der sieben amerikanische Staaten zu einer „Kleinen Freihandelszone“ zusammenfaßt mit dem ausdrücklichen Ziel, „die wirtschaftliche Entwicklung der

---

<sup>42</sup> Bräker, H.: Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unentwickelten Gebieten. Punkt-IV-Programm und Colombo-Plan. Schriften zur Außenhandelsförderung, Köln 1953.



beteiligten Länder voranzutreiben und den Wohlstandsunterschied zwischen den Ländern Lateinamerikas zu vermindern<sup>43</sup>. Es ist also auch möglich, daß die ordnende und planende Kraft für die Entwicklungspolitik nicht vom einzelnen Staat, sondern von einem ganzen Staatenblock, der zu wirtschaftlicher Integration bereit ist, ausgeht<sup>44</sup>.

### § 5. Voraussetzungen auf seiten der kapitalgebenden Länder

Um die Entwicklungsförderung wirksam zu gestalten, bedarf es aber nicht nur einer Basis der Voraussetzungen in den Entwicklungsländern selbst, wo nur bei wirtschaftlicher Aktivität, zunehmenden Kenntnissen und ausreichender Kapitalausstattung unter einer planenden und leitenden Kraft auf dem Boden einer gesunden Sozialstruktur wirtschaftliches Wachstum gedeihen kann, auch auf seiten der gebenden Länder, der industriellen Kernländer des Westens und Ostens, müssen Voraussetzungen vorhanden sein, die überhaupt erst eine erfolgreiche Entwicklungsförderung ermöglichen.

#### a) Wille und Möglichkeit zur Hilfe

Die Bereitschaft zu einer umfassenden Hilfe darf sich nicht in großen Worten erschöpfen. Wirtschaftsminister Prof. Erhard hat in letzter Zeit immer wieder darauf hingewiesen, daß man zu Opfern bereit sein müsse, um den ärmeren Ländern zu helfen. Er ist deswegen angegriffen worden, denn man ist wohl bereit, den Entwicklungsländern mit Dingen zu helfen, die wir im Überfluß haben, man ist aber nicht willens, auch Nachteile, die die Entwicklungsförderung mit sich bringt, in Kauf zu nehmen. Selbst wenn der Begriff Opfer nicht gerade geschickt gewählt ist, und zwar sowohl in bezug auf die Hilfe gebenden wie auf die Hilfe empfangenden Länder, so trifft er doch die Tatsache, daß das riesige Problem der Eingliederung der Entwicklungsländer in den großen, die Erde umspannenden Wirtschaftsprozess nur möglich ist, wenn die Bereitschaft zur Hilfe echt ist.

Die Höhe der finanziellen Leistungen zur Entwicklungsförderung werden in § 8 b) genannt. So imposant diese Zahlen auch sein mögen, man kann doch beobachten, daß sich besonders in privatwirtschaftlichem Bereich eine gewisse Investitionsmüdigkeit breit macht — nicht zuletzt verursacht durch die unklare politische Entwicklung in manchen Entwicklungsländern. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Wirtschaftspresse, nicht nur über gescheiterte und nationalisierte Wirt-

<sup>43</sup> H e s b e r g, W.: Freihandelszone als Mittel der Entwicklungspolitik in Lateinamerika, Wirtschaftspolitische Chronik, Institut für Wirtsch.Pol. an der Univ. zu Köln, Heft 2/3, 1959, S. 38.

<sup>44</sup> Vgl. M y r d a l, G.: Internationale Wirtschaft, a.a.O., S. 329 ff.

schaftsobjekte in den Entwicklungsländern zu berichten, sondern auch über die erfolgreichen Investitionen<sup>45</sup>. Und die Entwicklungsländer selbst würden sich einen großen Dienst erweisen, „wenn sie dafür sorgten, daß die Bevölkerung der Industrieländer laufend darüber unterrichtet wird, wie die wirtschaftliche Entwicklung vorwärts geht, welche Fragen vordringlich gelöst werden müssen, welches ihre weitergesteckten Pläne sind“. Man kann „diese Situation vielleicht mit dem Bau eines Hauses vergleichen, zu dem man sich in einer weit entfernten Gegend entschlossen hat. Heute leisten wir Zahlungen, ohne recht zu wissen, welche Fortschritte der Bau macht, während wir sicherlich viel ausgabefreudiger wären, wenn wir erfahren würden, daß das Fundament gelegt ist und jetzt mit der Errichtung der Wände begonnen wird, der Dachstuhl diese oder jene Form haben soll und noch Geld aufgebracht werden muß, um einen dauerhaften Verputz anbringen zu lassen“<sup>46</sup>.

Mit dem guten Willen zur Entwicklungsförderung allein ist es jedoch nicht getan. Ein Land, das selbst über geringe Kapitalausrüstung verfügt, kann keine Finanzhilfe leisten. Aber selbst diesen Ländern ist es möglich, sich wirksam in die Entwicklungsförderung einzuschalten, indem sie den anderen Entwicklungsländern beratend zur Seite stehen und sie an den eigenen Erfahrungen, die sie beim Aufbau ihrer Industrie und bei der Bodenmelioration gemacht haben, teilhaben lassen. So leistet z. B. der im Aufbau befindliche Staat Israel eine sehr wirksame Beratungshilfe in den Entwicklungsländern.

#### b) Planmäßiger Einsatz der Mittel

Wichtig ist aber auch, daß die Entwicklungsförderungsmaßnahmen planmäßig erfolgen. Gerade daran mangelt es den westlichen Hilfeleistungen in der Vergangenheit. Die ungeheuren finanziellen Mittel, die die USA nach dem Krieg eingesetzt haben, hätten besser ausgenutzt werden können, wenn sie wirklich planmäßig verwandt worden wären. Sowjetrußland hat mit viel geringeren Mitteln verhältnismäßig mehr erreicht, indem es seine Förderungsmaßnahmen politisch und publizistisch gut vorbereitete und an einigen Schwerpunkten einsetzte, wo ihm der Erfolg sicher war. In Afghanistan — das im Jahre 1954 die erste russische Auslandshilfe überhaupt bekam, die außerhalb des Ostblocks vergeben wurde —, in der Vereinigten Arabischen Republik und einigen anderen Ländern hat die Sowjetunion das westliche Lager auch rein zahlenmäßig erreicht und übertroffen, in Indien wurden die östlichen Hilfeleistungen beträchtlich

<sup>45</sup> Der Industriekurier hat einen erfolgreichen Anfang mit der beinahe 50seitigen Beilage „Deutsche industrielle Großanlagen im Ausland“ gemacht (Ind. Kur. vom 2. 8. 1960).

<sup>46</sup> M o m m s e n, E. W.: a.a.O.

verstärkt (von 1955 bis 1958 waren es 304 Mill. \$)<sup>47</sup>. Während der Ostblock seine finanziellen Mittel auf diese Weise auf einige Staaten konzentrierte, scheinen im westlichen Lager Ziel- und Mittelkonflikte an der Tagesordnung, ja beinahe systemimmanent zu sein, und es wird sich nicht umgehen lassen, daß die zersplitterten, von vielen Ländern und Organisationen gewährten Hilfeleistungen koordiniert werden.

Die Diskussion hierüber ist schon lange im Gang, und vielleicht ist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Nachfolgeorganisation der OEEC unter Einschluß der USA und Kanadas ein geeignetes Forum, diese schwierige Arbeit zu leisten<sup>48</sup>. Die vom Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenamt, Dillon, im Januar 1960 ins Leben gerufene Development Assistance Group, der neben der Bundesrepublik die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada, Japan, Belgien und Portugal angehören und die von der EWG, der Weltbank und der OEEC unterstützt wird, bemüht sich schon jetzt um eine Koordinierung der Entwicklungs-förderungsmaßnahmen und ihre psychologisch wirkungsvollere Gestaltung, um das Mißtrauen der Entwicklungsländer gegen die Zusammenarbeit mit den westlichen Geberländern zu überwinden. Es wird allerdings schwer sein, die auseinanderlaufenden Bestrebungen auf einen Nenner zu bringen. Die USA sehen die Entwicklungsförderung unter dem großen Aspekt der Weltpolitik, unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung Ost—West, unter der ständigen Sorge, immer mehr Boden gegenüber Sowjetrußland zu verlieren; Staaten wie Frankreich sind daran interessiert, ihre eigenen überseeischen Besitzungen zu unterstützen und ihren Einfluß auf die politisch mit ihnen verbundenen Gebiete so zu festigen, daß die Bindung auch nach deren Unabhängigkeit nicht reißt — gerade Frankreich hat auf diesem Gebiet schon viel erreicht<sup>49</sup>, und weitere Anstrengungen, die Investitionen zu fördern, wie sie z. B. in dem von Staatspräsident de Gaulle verkündeten Plan von Constantine<sup>50</sup> zum Ausdruck kommt, lassen für die Zukunft noch viel erwarten; Großbritannien kann sich nicht von den vielfältigen Commonwealth-Beziehungen frei machen<sup>51</sup>, und Italien hat selbst große Sorgen mit der Industrialisierung seiner südlichen Landesteile. Um hier zu wirksamen Maßnahmen und einem

<sup>47</sup> Riskup, R.: Die sowjetische Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer im Vergleich zu Hilfeleistungen der freien Welt, Wirtschaftspolitische Chronik, Institut f. Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Heft 2/3, 1959, S. 66.

<sup>48</sup> Vgl. Kreisky, B. am 21. 6. 1960 in einer Rede während der Kieler Woche; veröffentl. in „Die Welt“ vom 28. 6. 1960: „Uns Europäern bleibt nicht mehr viel Zeit“.

<sup>49</sup> Abs, H. J.: a.a.O., S. 173 f.

<sup>50</sup> „Chancen des Plans von Constantine“, Handelsblatt vom 23. 3. 1960.

<sup>51</sup> Oestern, M.: Das englische Präferenzsystem, Wirtschaftspolitische Chronik, a.a.O., S. 49 ff.

einheitlichen Aktionsplan zu kommen, wird manches egoistische Motiv im Interesse der weltweiten Aufgabe zurückstehen müssen. H. J. Abs sagte dazu in einem Vortrag vor dem Cercle de la France d'Outre-Mer am 12. November 1958 in Paris: „Suchen wir uns über grundlegende Prinzipien des wirtschaftlichen Handelns, soweit es internationale Auswirkungen hat, zu verständigen. Einigen wir uns, wenn nötig über Kompromisse, und vergessen wir nie, daß uns das Schicksal auferlegt hat, in einer Welt leben zu müssen, in der es Zentren einer gewaltigen Konzentration militärischer und wirtschaftlicher Macht gibt; ein guter Zusammenhalt zwischen uns ist daher geradezu lebensnotwendig“<sup>52</sup>.

Als gemeinsamer Block zur Entwicklungsförderung bereiter westlicher Staaten ist es auch möglich, Großprojekte zu unterstützen, wie es beispielsweise die Bewässerung und Urbarmachung des Mekongtales darstellt, das 17 Mill. Bewohner in Kambodscha, Laos, Thailand und Vietnam beherbergt. Dieses Projekt wird von sieben südostasiatischen Staaten (Burma, Indonesien, Kambodscha, Laos, den Philippinen, Südvietnam und Thailand) in nächster Zeit in Angriff genommen werden, Länder, die sich zu einem südostasiatischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag (SEAFET) zusammenzufinden scheinen und deren tatkräftige Unterstützung der Westen nicht unterlassen kann, will er nicht den kommunistischen Staaten ein Einfallstor bieten. Darauf wartet der Ostblock nur, und zu welcher Anstrengung und welchem Opfer er fähig ist, zeigt das selbst im Aufbau befindliche Rotchina, das beträchtliche Auslandshilfen an Nordkorea, Nordvietnam und die äußere Mongolei gewährt.

#### c) Fundierte Kenntnisse über die Entwicklungsländer

Alle noch so gut gemeinten Hilfeleistungen haben jedoch nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn wir Verständnis für die Entwicklungsländer und ihre Probleme aufbringen. Dazu gehört mehr als die Kenntnis einiger Daten. Es genügt auch nicht die Möglichkeit, die verschiedenen Förderungsmaßnahmen mit einem Etikett zu versehen und in ein Schema einzuordnen; man muß sich mit der Geschichte und Struktur des Entwicklungslandes, mit dem Herkommen, der Kultur und den Verhaltensweisen seiner Bewohner befassen<sup>53</sup>. Nicht zu vernachlässigen ist auch die Verschiedenheit der Entwicklungsländer in Struktur, Bevölkerungszusammensetzung und Volksmentalität<sup>54</sup>. Wir können nicht alle Entwicklungsländer über einen Kamm scheren. Zwischen den Ländern Südamerikas, Afrikas und Asiens bestehen nun

<sup>52</sup> Abs, H. J., a.a.O., S. 76.

<sup>53</sup> Behrendt, R. F.: Freiheitliche Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 79.

<sup>54</sup> Vgl. auch Röpke, W.: Internationale Ordnung — heute, Stuttgart 1954, S. 321.

einmal gewaltige Unterschiede, die sich nicht aus der verschiedenen Hautfarbe ihrer Bewohner erklären lassen, sondern deren Deutung nur die genaue Kenntnis des einzelnen Landes, seiner Bewohner und seiner Geschichte erlaubt. Bevor daher ein genauer Entwicklungsplan ausgearbeitet werden kann, muß man die Möglichkeit und den Willen haben, sich sehr genau mit dem betreffenden Land zu befassen. Dazu bedarf es der Schaffung von Forschungszentren, und dazu müssen Informationsreisen unternommen und dann auch ausgewertet werden<sup>55</sup>. Daß es damit sehr schlecht bestellt ist, lehren uns immer von neuem gescheiterte und gefährdete Förderungsobjekte. So haben die Japaner in Mittelburma — um einmal ein Beispiel zu nennen, an dem keine westlichen Experten beteiligt waren —, vertrauend auf das dafür geeignete Klima, eine Seidengarnspinnerei errichtet; sie übersahen aber, daß die dortige buddhistische Bevölkerung die Seidenraupenzucht als religiösen Gründen ablehnt — nun steht die Fabrik still.

Es ist jedoch auch noch nicht damit getan, daß man die Probleme des einzelnen Entwicklungslandes genau kennt, zwei weitere Voraussetzungen kommen noch hinzu: Um einem Land und seinen Bewohnern wirklich helfen zu können, muß man seine Sprache sprechen und muß über ein sehr großes psychologisches Einfühlungsvermögen verfügen. Dazu ist wiederum mehr als guter Wille nötig. Das Schweizerische Hilfswerk für außereuropäische Gebiete (SHAG) befaßt sich u. a. mit der Förderung des Himalayastaates Nepal. Es ist aber in der ganzen Schweiz nicht möglich, eine der vier nepalesischen Hauptsprachen zu lernen. Um hier Abhilfe zu schaffen, müßten erst Sprachexperten gefunden und gewonnen werden; und das geht über die Kraft einer kleinen Organisation oder eines kleinen Landes. Auch dadurch wird die Notwendigkeit von koordinierten Institutionen für die Entwicklungsförderung unterstrichen.

Genau so wichtig ist aber die Kenntnis soziologischer und psychologischer Vorgänge in den Entwicklungsländern. Man muß wissen, daß das Aufeinandertreffen von verschieden weit entwickelten Kulturen schon immer eine Menge Gefahren in sich barg und daß ein solches Aufeinandertreffen sehr oft einen disharmonischen Kulturwandel in dem weniger entwickelten Land zur Folge hatte. Wenden wir diese Erkenntnisse auf die heutigen Verhältnisse an, so stellen wir bei den Entwicklungsländern uns gegenüber einerseits Bewunderung und Nachahmung, andererseits aber Ressentiments fest, die nicht zuletzt durch die unterschiedliche Höhe des Lebensstandards hervorgerufen werden<sup>56</sup>. Je mehr Kontakte es zwischen den Entwicklungsländern

<sup>55</sup> Myrdal, G.: Internationale Wirtschaft, a.a.O., S. 248 ff.

<sup>56</sup> Vgl. Behrendt, R. F.: Problem ... a.a.O., S. 31.

und uns gibt, desto intensiver wird deren Forderung nach Hilfe. Auch hier kommen die verbesserten Kommunikationsmittel zum Tragen.

Die Fortschritte in der Fernsprech-, Rundfunk-, Film- und Fernsichttechnik ermöglichen heute Einblicke in die Lebensweise eines anderen Volkes, die früher unvorstellbar waren. „Es sitzen heute die Naturkinder in Afrika, Asien und anderen Erdteilen genau so vor der Leinwand, die ihnen die Lebensweise der sog. zivilisierten Völker zeigt, wie andererseits diese die Kinos füllen, wenn Filme aus der Welt der Naturvölker vorgeführt werden<sup>57</sup>.“ Waren früher die weißen Siedler für die Afrikaner sozial unerreichbar, so rückt ihr sozialer Status in dem Augenblick in erreichbare Nähe, in der sie sich als Arbeitskollegen täglich in den Fabriken begegnen. Während früher die Frage nach dem sozialen Aufstieg überhaupt nicht ernsthaft gestellt wurde, ist der Erwartungshorizont der Menschen, die mit der westlichen Industriewelt in Berührung kamen, verändert worden. In ihnen wurde eine große Zahl von Wünschen und Vorstellungen geweckt; da die Zufriedenheit vom Verhältnis von Besitz zu Wünschen abhängig ist, sind sie unzufrieden geworden und lehnen sich, wenn auch nicht so sehr gegen das Elend an sich auf, so doch gegen die Ungleichheit.

Die Forderungen der Entwicklungsländer kann man drei großen Zielen zuordnen: Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Sicherheit und nationale Unabhängigkeit. Und vielleicht ist die letzte Forderung das Hauptanliegen vieler Entwicklungsländer<sup>58</sup>. Zu welchen Fehlentwicklungen das führen kann, wenn diese Entwicklung nicht gründlich genug vorbereitet ist, zeigen die Vorgänge im Kongo, die sich sofort an die Unabhängigkeitserklärung anschlossen, nur zu deutlich. Andererseits darf man die positiven Auswirkungen nicht übersehen, denn „das Bewußtsein, für ein neues Leben geboren zu sein und nunmehr ein Vaterland zu haben, ist eine unerläßliche Bedingung für jedes wirtschaftliche Wachstum“<sup>59</sup>.

Wenn auch der Westen und seine Industrie gegenüber dem Osten den Vorteil größerer finanzieller Stärke und wirtschaftlicher Macht hat — wo fände sich im Osten eine Gesellschaft, die, wie die Congo International Management Corporation (Cimco) des amerikanischen Finanzmaklers Detwiler, dem Kongo innerhalb der nächsten fünfzig Jahre einige Mrd. \$ zur Verfügung stellen will? —, so sind die östlichen Länder doch nicht mit der Hypothek des Kolonialismus und Imperialismus belastet, und sie verstehen es, ihre Hilfeleistungen für die Entwicklungsländer unter dem Deckmantel völliger Absichtslosig-

<sup>57</sup> Laum, B.: a.a.O., S. 462, und Myrdal, G.: *Ökonomische Theorie ...*, a.a.O., S. 5 f.

<sup>58</sup> Vgl. Myrdal, G.: *Ökonomische Theorie ...*, a.a.O., S. 64 ff.

<sup>59</sup> Philip, A.: a.a.O., S. 249.

keit und nur im Interesse des empfangenden Landes zu geben. Sie sehen im Augenblick der Hilfeleistungen auch davon ab, den Entwicklungsländern irgendwelche fremden ordnungspolitischen Vorstellungen aufzudrängen. Das Buch von Burdick und Lederer „The Ugly American“<sup>60</sup> vergleicht die beiden Methoden miteinander und zeigt, wie unbeholfen die amerikanischen Entwicklungsländerexperten im Vergleich zu den russischen vorgehen.

### § 6. Multilaterale Förderungsmaßnahmen

Wenn wir uns bemühen, die vielfältigen Hilfs- und Förderungsmaßnahmen, die den Entwicklungsländern zuteil werden, zu sichten, so bieten sich zwei Einteilungen an: einmal kann die Entwicklungsförderung multilateral oder bilateral abgewickelt werden, zum andern lassen sich die Maßnahmen einteilen in Maßnahmen zur Intensivierung und Stabilisierung des internationalen Warenaustausches, in finanzielle Maßnahmen und in Beratungshilfe oder *technical assistance*.

Multilaterale Maßnahmen zur Entwicklungsförderung werden von den internationalen Organisationen in zunehmendem Maße getroffen. Besonders in das Technische Hilfeleistungsprogramm haben sich die Vereinten Nationen auf Beschluß ihres Wirtschafts- und Sozialrates vom 4. Mai 1949 sehr stark eingeschaltet. Es wurde zu diesem Zweck das Amt für Technische Hilfe (Technical Assistance Board — TAB) und der Ständige Ausschuß für Technische Hilfe (Technical Assistance Committee — TAC) errichtet. Diese lassen sich in ihrer Arbeit von der Resolution 222 (IX) des Wirtschafts- und Sozialrates bestimmen. Danach soll den Entwicklungsländern beim Aufbau ihrer Industrie und Landwirtschaft geholfen werden, damit sie ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit im Sinne der Charta der Vereinten Nationen erringen können und sich ihr Lebensstandard hebt. Die Hilfeleistungen sollen dabei nicht von politischen Erwägungen geleitet werden und sollen keine Unterschiede von Rasse und Religion kennen. Besondere Bedeutung haben das „Erweiterte Technische Hilfsprogramm zur wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Länder“ erlangt, das letztlich das Ziel hat, „die Regierungen der Staaten, die um Hilfe bitten, in den Stand zu versetzen, daß sie sich selbst helfen können“<sup>61</sup>, und ebenso der Ende 1958 von den Vereinten Nationen unter Leitung von Paul G. Hoffmann, dem ehemaligen Administrator des Marshallplanes, geschaffene Sonderfonds, der vor allem Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur in Entwicklungsländern unterstützen soll.

Die internationale Arbeitsorganisation (IAO) in Genf hat sich ebenfalls aktiv in die Entwicklungsförderung eingeschaltet und hat

<sup>60</sup> Lederer, W. J./Burdick, E.: *The Ugly American*, London 1959.

<sup>61</sup> Heyde, P.: a.a.O., S. 85.

mit erheblichem finanziellen Aufwand und unter Einsatz vieler Experten das sog. Andenprogramm gestartet<sup>62</sup>. Die IAO arbeitet bei diesem gewaltigen Projekt eng mit den Vereinten Nationen, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), der UNESCO und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammen. Mit Hilfe der in diesem Programm vorgesehenen Maßnahmen soll das Land, das vor der grausamen Eroberung durch Pizarro und seine spanischen Horden zu den kulturell bedeutendsten und wirtschaftlich bestorganisierten Ländern der Erde zählte, aus seiner wirtschaftlichen und zivilisatorischen Rückständigkeit gerissen werden. Das Programm widmet sich vor allem der praktischen Demonstration in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, in der Sozialfürsorge, im Unterrichtswesen und in der Berufsausbildung. Zu diesem Zweck sind in Bolivien, Ekuador und Peru Aktionsbasen errichtet worden, wo die jungen Indianer ausgebildet werden, die später ihre Kenntnisse weitertragen und die internationale Hilfe letztlich überflüssig machen sollen<sup>63</sup>. Es wird aber lange dauern, bis sich der Lebensstandard in diesem Gebiet, das einst zum Inkareich gehörte, merklich gehoben hat.

Andere internationale Organisationen, z. B. die EWG, nehmen sich ebenfalls der Entwicklungsländer an und versuchen, durch Entsendung von Experten, durch Gewährung von Stipendien und durch den Einsatz finanzieller Mittel für Agrarprojekte, Industrieinvestitionen und zur Verbesserung der Infrastruktur den Lebensstandard in den Entwicklungsländern zu erhöhen<sup>64</sup>. Es ist hier nicht möglich, auf die einzelnen Bestimmungen für diese Hilfeleistungen einzugehen, daß z. B. die Mittel aus dem Entwicklungsfonds der EWG lediglich zur Förderung unterentwickelter Gebiete der Mitgliedstaaten selbst, beispielsweise für Süditalien, oder für deren assoziierte Überseegebiete eingesetzt werden können; dafür sind in den ersten fünf Jahren der Übergangszeit mehr als eine halbe Mrd. \$ bereitgestellt worden<sup>65</sup>.

Daneben ist es besonders die Weltbank, die den Entwicklungsländern durch große Kapitalkredite hilft; 1956/57 flossen 75 0/0 der vergebenen Anleihen den Entwicklungsländern zu<sup>66</sup>. Die „project loans“ der Weltbank haben eine Höhe von 4,5 Mrd. \$ erreicht<sup>67</sup>; sie wurden etwa zur Hälfte aus Eigenkapital und aufgenommenen Anleihen finanziert und fanden in erster Linie Verwendung bei der Ver-

<sup>64</sup> EWG und assoziierte Gebiete, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 42 vom 3. 3. 1960.

<sup>65</sup> Vgl. Erdmann, P./ Rogge, P.: Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Drittländer. Basel-Tübingen 1960, S. 104 f., 177.

<sup>66</sup> Meimberg, R./ Jürgensen, H.: a.a.O., S. 74.

<sup>67</sup> Vgl. Black, E. R.: Weltbank als Instrument wachstumsfördernder Anleihepolitik, Beilage zum Volkswirt Nr. 45 vom 7. 11. 1959, S. 11.

<sup>62</sup> Le Programme Andin, hrsg. von der Internationalen Arbeitsorganisation, Genf.

<sup>63</sup> Heyde, P.: a.a.O., S. 86.



besserung der Infrastruktur, also zum Straßen-, Kanal- und Eisenbahnbau ebenso wie zur Elektrifizierung. Diese project-finanzierten Investitionen sind dabei ganz besonders auf die Bedürfnisse des Entwicklungslandes, von dem der Antrag für eine Anleihe zu Investitionszwecken ausgehen muß, abgestellt. Die Weltbank schickt Experten, die nach objektiven Gesichtspunkten die Daten für eine Wirtschaftshilfe prüfen. „Es geht darum, die Kreditwürdigkeit des Landes festzustellen und zu einem Urteil über seine Wirtschaftsführung zu gelangen. Der nächste Schritt ist eine detaillierte Untersuchung des in Frage kommenden Projektes, das die Bank finanzieren soll“, schreibt Weltbankpräsident E. R. Black<sup>68</sup>. Die Empfindlichkeit der Entwicklungsländer verlangt dabei ein sehr behutsames Vorgehen, denn sie wollen nicht von vornherein den Eindruck haben, als junger, unerfahrener Staat behandelt zu werden, dem man nicht trauen kann, der mit Geld nicht umzugehen versteht und dem man in allen Einzelheiten vorschreiben muß, wie er das Kapital anzulegen hat. Leider gehören den Untersuchungskommissionen neben den Wirtschafts- und Finanzsachverständigen im allgemeinen keine Sozialpsychologen, Anthropologen und Ethnologen an, die mit den Verhaltensweisen und Verhaltensmotiven der Bewohner vertraut sind und die für die Klärung der Voraussetzungen einer erfolgreichen Investitionstätigkeit, vor allem bei Ländern, deren zivilisatorischer Stand besonders wenig entwickelt ist, unumgänglich wären. Derartige Aufgaben kann eine Einzelwissenschaft nicht bewältigen, sie verlangen nach einer „interdisziplinären Kooperation“, da es sich bei den Entwicklungsvorhaben um Tatbestände handelt, die „zahlreiche Schichten der Wirklichkeit durchdringen“<sup>69</sup>.

## § 7. Bilaterale Förderungsmaßnahmen

### a) Staatliche Förderungsmaßnahmen

In ihrer Bedeutung noch größer sind die auf bilateralem Wege gewährten Entwicklungshilfen. Diese Hilfeleistungen gehen vor allem von den einzelnen Staaten aus<sup>70</sup>. Seit Präsident Truman im Januar 1949 das bekannte Punkt-IV-Programm verkündet hat<sup>71</sup>, werden z. B. in den USA Jahr für Jahr gewaltige Mittel des Haushaltsplans als Hilfeleistungen verschiedenster Art eingesetzt. Es sind aber nicht nur

<sup>68</sup> Black, E. R.: a.a.O., S. 13.

<sup>69</sup> Vgl. Meißner, H. G.: Anthropologische Grundlagen der Exportmarktforschung. Beiträge zur Verhaltensforschung, hrsg. von G. Schmolders, Heft 2, Berlin 1959, S. 63 und 69 ff.

<sup>70</sup> Über die Größenordnungen der Hilfeleistungen siehe § 8 b.

<sup>71</sup> Siehe hierzu Bräker, H.: a.a.O., und Hickmann, E.: Aufbaupläne und wirtschaftlicher Fortschritt in unterentwickelten Gebieten, Bremen 1954, und Schuster, H.: Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unterentwickelten Ländern, Bremen 1951.

die USA, sondern auch England, Frankreich und die Bundesrepublik, die Mittel aus ihrem Haushaltplan für die Entwicklungsförderung abzweigen. Ein großer Teil der Mittel aus dem Haushalt der Bundesrepublik wird dem Entwicklungsfonds des Auswärtigen Amtes zugeschlagen und vom Auswärtigen Amt verwaltet. Unser Auswärtiges Amt hat es sich dabei zum Ziel gesetzt, nicht lediglich die Großindustrie zu fördern und auch nicht auf irgendwelche wirtschaftliche Aktivität des Ostens in den Entwicklungsländern mit ebensolcher Aktivität zu antworten. Nach der ihm vorschwebenden Konzeption sollen vor allem Ausbildungsstätten in den Entwicklungsländern gefördert werden. So werden bis Ende 1960 34 Ausbildungsstätten in Entwicklungsländern versorgt. Musterfarmen, Mustergenossenschaften, Musterwerkstätten und Musterforstbetriebe entstehen in enger Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes mit dem jeweiligen Entwicklungsland. 610 Sachverständige und Berater wurden bisher ins Ausland gesandt<sup>72</sup>.

Auf bilateralem Wege gewährte Hilfeleistungen setzen sich jedoch immer dem Verdacht aus, man habe die Hilfe nur in eigenem Interesse gewährt, und es nimmt nicht wunder, wenn gerade Paul G. Hoffmann in einer unlängst erschienenen Studie schreibt: „Die industrialisierten Länder waren vielfach zu sehr darauf bedacht, daß jeder Dollar, den sie gaben, auch als eigener Dollar erkannt werde“, und weiter darauf hinweist, „dadurch haben sie versäumt, den Vorteil voll auszunützen, den die Existenz einer Nationengemeinschaft wie der UNO für die Bewältigung solcher wirtschaftlicher Entwicklungsprobleme bietet. Hier liegt nach meiner Meinung einer der sichtbarsten Fehler der 50er Jahre vor“<sup>73</sup>.

#### b) Förderungsmaßnahmen der Industrie

Unter den Trägern bilateraler Hilfeleistungen kommt der Industrie eine vielleicht noch größere Aufgabe als den Staaten zu. Deutsche Firmen gründen Niederlassungen in Südamerika, in Indien, in den afrikanischen Ländern. Selbstverständlich geschehen diese Firmengründungen nicht in erster Linie zu dem Zweck, den Entwicklungsländern zu helfen; ein Industrieunternehmen ist kommerziell ausgerichtet, und der wesentlichste Gesichtspunkt ist daher, daß eine Firmengründung wirtschaftlich und rentabel ist. Aber durch diesen neuen Betrieb werden Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern geschaffen und in den Betrieben werden Arbeiter ausgebildet. Die Notwendigkeit, Arbeiter gerade in den Ländern in möglichst großer Zahl

<sup>72</sup> Dumke, H.: in einem Referat auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Hilfeleistung für Entwicklungsländer“ am 16. 1. 1960 in Bergneustadt.

<sup>73</sup> Zit. nach Rauch, H. S.: Starthilfe bringt Zinsen, Die Welt vom 27. 7. 1960.

auszubilden, wo die handwerkliche Fertigkeit und das technische Wissen nicht mit den industriellen Kernländern Schritt gehalten hat, wird oft als einer der Gründe angeführt, die arbeitsintensive Klein- und Mittelindustrie mehr als die mechanisierten und automatisierten Großbetriebe zu fördern. Es besteht ja nicht nur im Augenblick ein Mangel an Arbeitsplätzen. Trotz großer Anstrengungen wird dieser Mangel in vielen Entwicklungsländern immer größer, denn besonders die asiatischen Länder verzeichnen jährlich einen ungeheuren Bevölkerungszuwachs. Die Bevölkerung Indiens wächst z. B. jährlich um 4,5 bis 5 Mill. Menschen<sup>74</sup>, und es werden gegenwärtig im Rahmen der Fünfjahrespläne weniger Arbeitsplätze vorgesehen, als junge Arbeitskräfte nachwachsen. Während des dritten Fünfjahresplanes sollen 13,5 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ferner werden immer wieder die Gefahren eines ungleichgewichtigen Wachstums, die aus Prestigebedürfnis<sup>75</sup> vorgenommenen Investitionen in der Großindustrie und die Möglichkeit gewaltiger Fehlinvestitionen angeprangert.

Dennoch ist die Haltung der Entwicklungsländer verständlich<sup>76</sup>; bei ihnen fehlt die industrielle Unternehmerschicht, die bei uns die Wirtschaft trägt<sup>77</sup>, und der junge, vielleicht eben seine nationale Unabhängigkeit erlangende Staat sieht die Industrie der westlichen Länder repräsentiert durch Großunternehmen und Industriekonzerne. Die vielen Klein- und Mittelbetriebe, die das Fundament unserer Wirtschaft bilden, stechen ihm nicht in die Augen. So ist es nur zu verständlich, daß diese Länder, die ja nicht nur ihre politische, sondern auch ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erringen wollen, den Bau von Großunternehmen in ihrem eigenen Lande anstreben. Würde man ihnen diese Möglichkeit verweigern und stattdessen nur behilflich sein, den Ausbau der Landwirtschaft<sup>78</sup>, des Handwerks, der Klein- und Mittelindustrie zu bewerkstelligen, so vermuteten sie dahinter imperialistische Bestrebungen der Industrienationen, die diese Klein- und Mittelindustrie mit der wirtschaftlichen Macht ihrer Konzerne zu beherrschen trachten. Außerdem stellen die Entwicklungsländer sich auf den sehr richtigen Standpunkt, daß das Beste für sie gerade gut genug ist. Deswegen legen sie Wert darauf, daß, wenn schon ein großes Unternehmen gebaut wird, dieses automatisiert und mechanisiert wird genau

<sup>74</sup> Meimberg, R./Jürgensen, H.: a.a.O., S. 9.

<sup>75</sup> Vgl. Meyer-Dom, P.: a.a.O., S. 207.

Die aus Prestigebedürfnis vorgenommenen Investitionen dürften gerade uns Deutschen nicht ganz fremd sein, denn bei uns mußte doch der kleinste Duodezfürst des absolutistischen Zeitalters eine eigene Porzellanmanufaktur haben, selbst wenn sie noch so unrentabel war.

<sup>76</sup> Conzelmann, P.: Industrielle Großprojekte — eine Gefahr für Entwicklungsländer? Beilage z. Industrie-Kurier vom 2. 8. 1960.

<sup>77</sup> Meimberg, R./Jürgensen, H.: a.a.O., S. 13.

<sup>78</sup> Vgl. Baade, F.: Die Beziehungen zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung. Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 6, Berlin 1960, S. 12 ff.

so wie die Großunternehmen in den jetzigen Industrieländern. Selbst wenn auf diese Weise weniger Arbeitsplätze geschaffen werden, so können die Entwicklungsländer nur dadurch überhaupt konkurrenzfähig werden. Wie schwierig die Lage dörflicher Kleinindustrie ohne ausreichende Kapitalausstattung ist, zeigt eine UNO-Denkschrift am Beispiel Indiens<sup>79</sup>. Dort sind in den Jahren 1948/49 sechsmal soviele Arbeitskräfte in den Cottage industries als in modernen Industriebetrieben beschäftigt worden. Ein cottage-Arbeiter erzeugt jedoch im Durchschnitt weniger als ein Drittel des auf den Industriearbeiter entfallenden Nettoprodukts; in den kleinen Baumwollwebereien auf dem Lande waren sogar vier Fünftel aller Baumwollweber beschäftigt, sie stellten jedoch nur ein Fünftel der Baumwollgewebeproduktion Indiens her.

Neben den angeführten Gründen ist aber auch die technische Schwierigkeit zu beachten, eine Klein- und Mittelindustrie aufzubauen. Ein mittlerer Betrieb wird und muß im allgemeinen von einem einzigen Geschäftsführer geleitet werden. Soll dieser erfolgreich sein, so muß er technische und kaufmännische Kenntnisse und Erfahrungen haben, muß seinen Bezugs- und Absatzmarkt genau kennen, muß unternehmerische Initiative zeigen und muß mit der Bevölkerung des Entwicklungslandes vertraut sein, ja sollte dessen Sprache beherrschen. Ein solcher all-round-man ist nur in seltenen Glücksfällen zu finden. Bei einem Großunternehmen dagegen kann die verantwortliche Leitung aufgeteilt werden; man kann einen Produktionsfachmann aus einem Industrieland neben einen Sozialdirektor aus dem Entwicklungsland selbst stellen und dadurch viele Schwierigkeiten aus dem Wege räumen.

Es ist ungewöhnlich, daß vom Standpunkt der freiheitlichen Wirtschaftsordnung eine Lanze für industrielle Großunternehmungen in Entwicklungsländern gebrochen wird, die dort unter Staatsregie gegründet und geführt werden. Wenn wir uns aber die Notwendigkeit vor Augen halten, daß es oberstes Ziel jeder Entwicklungsförderung ist, den Lebensstandard der Bevölkerung in diesen Ländern zu heben, so ist ein solcher Weg nicht zu vermeiden. Man muß sich nämlich deutlich machen, daß angesichts des extrem niedrigen Lebensstands der Entwicklungsländer in der Gegenwart und des enormen Bevölkerungszuwachses — der letztlich Auswirkung und nicht Ursache der geringen wirtschaftlichen Entwicklung ist — in der Gegenwart und in der Zukunft außergewöhnliche Wege beschritten werden müssen. Ein harmonischer Aufbau der gewerblichen Wirtschaft, der vom Handwerk ausgeht und über die Klein- und Mittelindustrie schließlich bei

---

<sup>79</sup> UNO-Denkschrift: *Processes and Problems of Industrialization in Underdeveloped Countries*, New York 1955, S. 49 und 120 f.

der Großindustrie seinen Höhepunkt erreicht, beansprucht viel Zeit. Selbstverständlich darf neben dem Aufbau der Großindustrie die Förderung des Handwerks, der Klein- und Mittelindustrie nicht vernachlässigt werden — besonders die im traditionellen Dorfgewerbe wurzelnde ländliche Industrialisierung, die zusätzliche Kaufkraft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft schafft und gleichzeitig eine Schule für unternehmerische Fähigkeiten ist, verdient große Beachtung<sup>80</sup> —, aber nur wenn alles zusammen und möglichst schnell geschieht, besteht Hoffnung, daß sich der Lebensstandard in den Entwicklungsländern in den nächsten Jahren merklich erhöht. Vielleicht wird dann auch die Bahn frei für ein freies Unternehmertum, das in der Zwischenzeit Gelegenheit hatte, sich zu konsolidieren. Bis zu welchem Grad die Industrie der Kernländer sich an Investitionen für Entwicklungsförderung aber wirklich beteiligt, hängt nicht zuletzt von der Infrastruktur des Entwicklungslandes ab. Ist diese beispielsweise nicht so weit erschlossen, daß die zu errichtenden Fabriken an das Energie- und Verkehrsnetz angeschlossen werden können, wird sich schwerlich ein Unternehmen finden, das dort investiert<sup>81</sup>. Der Verbesserung der Infrastruktur nehmen sich jedoch gerade die internationalen Organisationen in zunehmendem Maße an.

### c) Hilfeleistungen privater Organisationen

Der dritte Ausgangspunkt bilateraler Maßnahmen der Entwicklungsförderung sind, neben Staat und Privatindustrie, die privaten Organisationen, die es nunmehr in beinahe allen Industrieländern gibt. Als Beispiel sei das Schweizerische Hilfswerk für außereuropäische Gebiete angeführt. Diese Organisation, die vom Idealismus einiger Schweizer getragen wird, nimmt sich u. a. des Himalayastaates Nepal und der Entwicklung seiner Milch- und Viehwirtschaft an. So groß und wertvoll die Hilfeleistungen derartiger Organisationen für die Entwicklungsländer wie auch für die gebenden Länder selbst sein mögen — die Vizepräsidentin der Schweizer Organisation, Frau Dr. Regina Kaegi-Fuchsmann sagte in einem Referat in Berneustadt, die Industrieländer könnten dadurch aus einer selbstzufriedenen Lethargie aufgerüttelt werden und sich „vor seelischer Verfettung“ bewahren —, so kommen sie doch leicht in den Geruch, Almosen Reicher für Arme zu sein, und gerade das könnte die Entwicklungsländer abstoßen.

Seit sie sich dieser ihrer Solidarität bewußt geworden sind, haben sie ein so großes Selbstbewußtsein, daß es ihnen unwürdig erscheint,

<sup>80</sup> E g n e r, E.: a.a.O., S. 106 ff.

<sup>81</sup> Vgl. T r a u t m a n n, W.: Im Dschungel der Entwicklungsfinanzierung, Volkswirt Nr. 26/1960, S. 1255 f.

Almosen anzunehmen; sie wollen keine Geschenke, sie wollen auch keine Hilfeleistungen, die sich mit irgendwelchen Sentimentalitäten in den gebenden Ländern verbinden; ihnen liegt eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, eine echte Partnerschaft am Herzen. Ihr Nationalgefühl ist in einer Weise entwickelt, daß sie es möglicherweise ablehnen, in eine große internationale Entwicklungs- und Sozialpolitik oder gar Fürsorge eingeordnet zu werden.

### § 8. Formen der Entwicklungshilfe

Bei diesen unter den Gesichtspunkten multilateraler und bilateraler Hilfeleistungen genannten Maßnahmen zur Entwicklungsförderung ist zu erkennen, daß es sich dabei um Maßnahmen handelt, die einen äußerst heterogenen Charakter haben. Sie lassen sich jedoch den in § 6 genannten materiellen Einteilungsgesichtspunkten zuordnen.

#### a) Maßnahmen zur Intensivierung und Stabilisierung des internationalen Warenaustausches

Unter die Maßnahmen zur Intensivierung und Stabilisierung des internationalen Warenaustausches sind alle Mittel und Anstrengungen einzustufen, die auf einen intensiveren Handel zwischen industriellen Kernländern und Entwicklungsländern hinzielen. Die Entwicklungsländer zählen im allgemeinen zu den sog. Rohstoffländern, ihre Industrie ist nur wenig oder gar nicht ausgebaut. Exportartikel der Entwicklungsländer sind daher meist Rohstoffe, von einigen Ausnahmen wie Textilien abgesehen. Der internationale Rohstoffmarkt zeigte sich aber in den letzten Jahren äußerst labil, und die Verluste, die einige Entwicklungsländer durch Preiseinbrüche auf dem internationalen Rohstoffmarkt erlitten haben, überstiegen die finanziellen Hilfeleistungen an sie bei weitem<sup>82</sup>. Wir sehen hieraus, wie wichtig eine Stabilisierung des internationalen Handels, eventuell durch langfristige Warenabkommen, ist. Darüber hinaus müssen aber auch die Erzeugnisse der in der Entwicklung befindlichen Industrie offene Märkte finden. Es geht nicht an, daß man den Aufbau industrieller Unternehmungen in den Entwicklungsländern mit der einen Hand fördert, mit der anderen aber Zollschranken errichtet, die es ihnen unmöglich machen, ihre Erzeugnisse in den Industrieländern abzusetzen. Vielleicht müßte man sogar zu dem — für einzelne Wirtschaftszweige bestimmt harten — Entschluß kommen, in den industriellen Kernländern „auf Industrien zu verzichten, die entwicklungsmäßig nicht

<sup>82</sup> Guth, W.: Trade with Aid — für die Entwicklungsländer, Volkswirt 1960, Heft 1, S. 13.

mehr dorthin gehören. Selbst extreme Schutzmaßnahmen werden auf die Dauer nicht verhindern können, daß diese Industriezweige hinsichtlich Produktivitätsfortschritt, Arbeits- und Lohnbedingungen ständig hinter der allgemeinen Entwicklung herhinken. Ihr ungeschmälerter Bestand belastet die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ... Die völlige Aufgabe oder doch Reduzierung bisher geschützter Industrien würde die Deviseneinkommen der Entwicklungsländer aus ihrer funktionalen Abhängigkeit von nur langsam wachsenden Rohstoffbezügen der Industriestaaten befreien<sup>83</sup>.

Eine Entwicklung in dieser Richtung würde auch die scharfen Angriffe, die immer wieder gegen die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die um die sechs Länder zu errichtende gemeinsame Zollschranke vorgebracht werden, gegenstandslos machen. Außerdem muß sich der den Entwicklungsländern Kapital zur Verfügung stellende Staat, der aber seinerseits nicht bereit ist, die Produkte abzunehmen, die in den dank seinem Investitionskredit errichteten Fabriken produziert wurden, darüber klar werden, daß er Gefahr läuft, aus seinem vielleicht aus wohlervogenen wirtschaftlichen Gründen gewährten Kredit einen notleidenden Kredit zu machen. Denn den Entwicklungsländern ist es ohne handelsmäßige Verflechtung mit den Industrienationen nicht möglich, die Mittel für die Rückzahlung der Kredite zu erwirtschaften. „Man kann wohl ohne Übertreibung sagen: ohne handelspolitisches Entgegenkommen fällt die Kapitalhilfe an die Entwicklungsländer in ein Faß ohne Boden“<sup>84</sup>, und die Alternative für den Verzicht ihrer Eingliederung in eine funktionierende Weltwirtschaft bildet nicht der Kapitalexport, sondern eine endlose Kette von Geschenken, die einem fonds perdu anheimfallen. Außerdem müssen sich auch die Industrieländer darüber im klaren sein, daß eine Wohlstandsmehrung in den Entwicklungsländern und eine stärkere ökonomische Verflechtung mit ihnen sich auch für sie letztlich positiv auswirkt, denn die Erfahrung zeigt, daß stark industrialisierte Länder ihre Produkte hauptsächlich in ebenfalls industrialisierte Länder ausführen. So tauschen die hochentwickelten Länder der freien Welt (OEEC, Nordamerika und Japan) etwa 60 % ihrer Ausfuhren untereinander aus. Die verbesserte weltwirtschaftliche Zusammenarbeit wird „früher oder später auch das Wachstum der eigenen Wirtschaft derart verstärken, daß die zunächst einmal in Kauf genommene Verlangsamung des Wachstums nicht nur kompensiert, sondern überkompensiert wird. Ebenso wie ein wirtschaftlich krankes Gebiet in einem Land oder in der Welt die übrigen

<sup>83</sup> Heimberg, R./Jürgensen, H.: a.a.O., S. 79 f. — Vgl. auch Jacobs, A.: Die Entwicklungsländer in der internationalen Arbeitsteilung, Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 6, Berlin 1960, S. 78 ff.

<sup>84</sup> Guth, W.: Trade ... a.a.O., S. 14.

Gebiete mehr oder weniger in Mitleidenschaft zieht, so fördert das Wohlergehen eines Gebiets auch dasjenige anderer<sup>85</sup>.

### b) Finanzielle Maßnahmen

Neben der Bemühung um eine Vergrößerung des Handelsvolumens zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienationen kommt der finanziellen Hilfeleistung große Bedeutung zu. Am Anfang einer wirtschaftlichen Entwicklung wenig industrialisierter Gebiete müssen, besonders wenn sie schnell vonstatten gehen soll, Fremdinvestitionen stehen, sonst bleiben die Entwicklungsländer in dem ausgeweglosen *circulus vitiosus*<sup>86</sup> gefangen: sie können nicht sparen — und damit investieren —, weil sie arm sind, und sie bleiben arm, weil sie nicht sparen können. Finanzielle Hilfeleistungen sollen jedoch nicht zur Dauereinrichtung werden, sondern sollen, richtig eingesetzt, den Impuls für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung geben. Nur so sind die Kapitalien nach dem „Gesetz des rückstrahlenden Wohlstandes“ für die gebenden Länder nicht auf die Dauer verloren, und der Kreislauf der Wirtschaft kann in ähnlicher Weise erweitert werden, „wie es die Expansion der Weltwirtschaft im liberalen Jahrhundert getan hat“<sup>87</sup>. Der Vorstandsvorsitzende der Demag, Hans Reuter, sagte zu diesem Problem einmal: „Der Reiche kann nur reich bleiben, wenn er die Chance ergreift, den Armen reicher zu machen“<sup>88</sup>.

Über die Größe der notwendigen finanziellen Unterstützung gehen die Ansichten auseinander. Einer der besten Kenner der Materie, P. G. Hoffmann, der Direktor des UN-Special-Fund, hält — um lediglich eine Verdopplung des Volkseinkommens in den Entwicklungsländern während der nächsten zehn Jahre zu erreichen — neben Kapitalinvestitionen in Höhe von 75 Mrd. \$ aus Mitteln der betreffenden Länder mindestens 60 Mrd. \$ aus ausländischen Quellen für erforderlich, und zwar ausschließlich in Form der Wirtschaftshilfe<sup>89</sup>.

Selbst wenn man über den Umfang der finanziellen Hilfeleistungen, je nachdem was darin inbegriffen ist, unterschiedliche Auskünfte erhält, ist es von Nutzen, sich die Größenordnungen vor Augen zu führen. Die USA haben seit Kriegsende bis Ende 1958 für 72 Mrd. \$ Auslandshilfe geleistet — einschließlich Marshall-Plan und Hilfeleistungen für Japan; bis 1956 machten allein diese Beträge 48 % der USA-

<sup>85</sup> Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, a.a.O.

<sup>86</sup> Chelliah, R. J.: a.a.O., S. 26. — Vgl. Myrdal, G.: *Ökonomische Theorie* ... a.a.O., S. 9.

<sup>87</sup> Predöhl, A.: *Wandlungen der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wirtschaftsdienst, Heft 10, 1958, S. 573.

<sup>88</sup> Zit. nach Droscha, H.: *Wege der Technik in die Entwicklungsländer*, Beilage zum Volkswirt „Die deutsche Wirtschaft an der Jahreswende 1959/60.

<sup>89</sup> United Nations, Geneva Press Release No. ECOSOC (1204—1959).



Auslandshilfe aus — und 3,5 Mrd. \$ als Beiträge zu den Programmen der UNO und ihrer Sonderorganisationen abgeführt<sup>90</sup>. Augenblicklich werden jährlich etwa 4 Mrd. \$ aufgebracht<sup>91</sup>. Die britische Entwicklungshilfe betrug seit Kriegsende 2½ Mrd. £, rund drei Fünftel von privater Seite und zwei Fünftel von der öffentlichen Hand<sup>92</sup>. Im Augenblick werden jährlich etwa 2,3 Mrd. DM Entwicklungshilfe gezahlt. Die Hilfe Frankreichs macht etwa 2 Mrd. DM im Jahr aus. Die deutsche Bundesrepublik hat seit 1957 etwa 6½ Mrd. DM für Hilfeleistungen an Entwicklungsländer ausgegeben, darin sind allerdings die Kredite und Anleihen an die Weltbank in Höhe von 3,4 Mrd. DM und die privaten Auslandsinvestitionen von beinahe 1 Mrd. DM ebenso enthalten wie die Finanzkredite an Indien, Griechenland und die Türkei in einer Gesamthöhe von 435 Mill. DM und die EWG-Verpflichtungen für die Überseegebiete mit etwa 200 Mill. DM<sup>93</sup>.

Aber nicht nur der Westen, auch der Osten hat in den letzten Jahren immer größere Beträge für die Entwicklungsförderung bereitgestellt. Der Ostblock vergab in den Jahren 1954 bis 1958 Hilfen in einem Gesamtbetrag von 2,4 Mrd. \$, davon die Sowjetunion allein 1,6 Mrd. \$<sup>94</sup>. Diese Kredite sind bei den Entwicklungsländern nicht zuletzt deshalb so beliebt, weil sie nicht in Zahlungsmitteln zurückgezahlt werden müssen, sondern einfach durch Gegenlieferung von Waren — die Lieferzeit kann oft zehn Jahre hinausgeschoben werden — zu teilweise günstigen, teilweise ungünstigen, immer aber festen Verrechnungspreisen abgedeckt werden können. In der Zwischenzeit müssen sie lediglich mit durchschnittlich 2 bis 2,5 % jährlich verzinst werden<sup>95</sup>. Damit sind für die Entwicklungsländer das oft schwierige Transferproblem und die Unsicherheit durch schwankende Preise ausgeschaltet. Allerdings übersehen die Entwicklungsländer leicht den Pferdefuß, der bei einer stärkeren Handelsverflechtung mit dem Osten nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist: durch die Umlenkung der Handelsströme gehen ihnen Devisen verloren, die sie zum Kauf lebenswichtiger Güter in einem westlichen

<sup>90</sup> Biskup, R.: a.a.O., S. 65, und Herczeg, K. L.: Wachsende Kluft zwischen Reichen und Armen, Die Zeit Nr. 27, 1960.

<sup>91</sup> Fried, F.: Helfen wir genug? Die Welt Nr. 164/1960.

<sup>92</sup> Nach dem von der britischen Regierung 1960 herausgegebenen Weißbuch „Assistance from the United Kingdom for Overseas Development“, Frankfurter Allg. Zeit. vom 21. 3. 1960.

<sup>93</sup> Fried, F.: a.a.O. — Eine genaue Übersicht, der in der Bundesrepublik eingesetzten Mittel zur technischen und wirtschaftlichen Förderung der Entwicklungsländer und die Richtlinien für ihre Inanspruchnahme gibt Schmitt, M.: Partnerschaft mit Entwicklungsländern, Stuttgart 1960, Anhang.

<sup>94</sup> Hankel, W./Lukac, A.: Koordinierte Entwicklungsfinanzierung, Beilage zum Volkswirt „Mittel- und langfristige Exportfinanzierung im internationalen Vergleich“ vom 7. 11. 1959.

<sup>95</sup> Herczeg, K. L.: Ein gemeinsames Entwicklungsprogramm, Die Zeit vom 29. 1. 1960, und Biskup, R.: a.a.O., S. 70.

Land dringend benötigt hätten, und dadurch werden sie noch enger an den Ostblock gebunden; außerdem gefährden sie durch diese Praxis ihre traditionellen Absatzmärkte. So verlor Ägypten „zumindest teilweise durch die langfristigen Lieferungen (1955/57) im Austausch für sowjetische Güter wesentliche Märkte der freien Welt“<sup>96</sup>. Die genannten Zahlen sprechen zwar in ihrer Größenordnung für den Westen, man darf sich jedoch nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß der Ostblock in den letzten Jahren sehr aufgeholt hat. Bis zum Jahre 1954 gewährte die Sowjetunion gar keine Auslandshilfen außerhalb des Ostblocks. Von 1955 bis 1958 waren es aber schon etwa 2,3 Mrd. \$<sup>97</sup> und in Kürze wird mit einer jährlichen Ostblock-Auslandshilfe von 2 Mrd. \$ zu rechnen sein<sup>98</sup>. Hinzu kommt, daß die Sowjets ihre Mittel mit großem „Werbeaufwand“ und nach einem wohl durchdachten Plan einsetzen, indem sie durch Konzentration ihrer Kredite auf einige wenige Entwicklungsländer besonders große Wirkung erzielen. Aber nicht nur die Sowjetunion, auch die anderen Ostblockländer werden im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) immer mehr zur Entwicklungsförderung herangezogen.

Außerdem müssen wir unser Augenmerk darauf richten, daß die Beträge, die in den letzten Jahren für die Entwicklungsförderung ausgegeben wurden, zwar sehr hoch sind, daß sie aber nicht nur für die Wirtschaftshilfe eingesetzt wurden. Gerade die USA haben große Summen (etwa 50 %<sup>99</sup> der Auslandshilfe) ausschließlich für militärisch-strategische Zwecke ausgegeben<sup>100</sup>; so sah im Jahre 1954 das wirtschaftliche Hilfsprogramm für Indien und Pakistan 94 Mill. \$ vor, für militärische Hilfe „in der allgemeinen Region von China“ waren jedoch 2001 Mill. \$ und für die militärische Verteidigung Indochinas 400 Mill. \$ angesetzt<sup>101</sup>. Die USA haben dabei außer Acht gelassen, „daß militärische Rüstungen und strategische Positionen nicht viel wert sind, wenn die Menschen, die sie handhaben sollen, und die Völker, zu denen diese Menschen gehören, gleichgültig oder sogar feindselig gegenüber den Ideen eingestellt sind, für die sie unter Umständen kämpfen, töten und leiden sollen“<sup>102</sup>.

### c) Beratungshilfe

Die vielleicht bedeutendste Gruppe der Entwicklungsförderungsmaßnahmen stellt aber die Beratungshilfe dar. Richard F. Behrendt

<sup>96</sup> Ders., S. 78.

<sup>97</sup> Ders., S. 65.

<sup>98</sup> Herczeg, K. L.: Revoluzzer kriegen Kredite, Die Zeit Nr. 14, 1960.

<sup>99</sup> Biskup, R.: a.a.O., S. 65.

<sup>100</sup> Myrdal, G.: Internationale Wirtschaft, a.a.O., S. 157 f.

<sup>101</sup> Behrendt, R. F.: Problem ... a.a.O., S. 31.

<sup>102</sup> Ebendort.

betont immer wieder, daß es den Entwicklungsländern nicht in erster Linie an Kapital, sondern an Kapitalisten gebricht; außerdem fehlen ihnen geschulte Arbeitskräfte, die in ein industrielles Produktionsprogramm eingespannt werden können, fehlen mit Führungsaufgaben vertraute Menschen, die eine Industriegesellschaft zu leiten verstehen<sup>103</sup>, und — was vielleicht noch wichtiger ist — es fehlt in vielen Ländern ein integrierender, die Korruption ablehnender, fähiger Beamtenapparat<sup>104</sup>. Es besteht Mangel an Schulen und Ausbildungsstätten, in denen solche Menschen herangebildet und mit den Aufgaben einer modernen Produktionsgesellschaft betraut werden können. Wenn man den Ausdruck Beratungshilfe sehr weit faßt, so gehört zu diesem Komplex alles, was mit der notwendigen Vermittlung von Kenntnissen zusammenhängt. Für uns gibt es die beiden genannten Möglichkeiten, Kenntnisse zu vermitteln (§ 4 b).

Einmal können wir Experten in die Entwicklungsländer hinschicken. Dies geschieht sowohl auf multilateralem Wege von den internationalen Organisationen als auch auf bilateralem Wege von seiten des Staates, der Industrie und der privaten Hilfsorganisationen. Im Jahre 1958 hielten sich z. B. 2300 amerikanische Techniker und Berater und mehr als 2800 russische Experten in den Entwicklungsländern auf<sup>105</sup>. Welche Schwierigkeiten bei der Auswahl geeigneter Experten auftreten, läßt sich leicht denken, wenn man sich die geringen Sprachkenntnisse, das mangelnde psychologische Einfühlungsvermögen von vielen, fachlich geeigneten Bewerbern vor Augen führt<sup>106</sup>. Die ersten Schwierigkeiten treten schon bei der Auswahl der Experten auf. Zwar bezahlen sowohl internationale Organisationen wie die UNO oder die internationale Arbeitsorganisation als auch die einzelnen Großbetriebe hohe Gehälter, aber niemand weiß, ob sein Arbeitsplatz im Mutterland nicht nach seiner Rückkehr von einem anderen besetzt ist, der den eigenen beruflichen Werdegang hemmt. So kommt also dieses Risiko zu den Entbehrungen hinzu, die jeder auf sich nehmen muß, wenn er in ein wenig entwickeltes Gebiet gesandt wird. Es nimmt daher nicht wunder, daß wiederholt Klagen laut werden, wie gering die Zahl der geeigneten auswanderungswilligen Entwicklungsländerexperten ist.

Erhebliche Schwierigkeiten erwachsen auch aus den mangelnden Sprachkenntnissen der Facharbeiter und Ingenieure in den verschiedenen Entwicklungsländern. Sehr oft muß man sich besonders in Asien und Afrika mit Englisch und Französisch behelfen, Sprachen, die

<sup>103</sup> Vgl. Pfeffer, K. H.: Die Bildung sozialökonomischer Führungskräfte in Entwicklungsländern, Beihefte zur Konjunkturpolitik Heft 6, Berlin 1960, S. 143 ff.

<sup>104</sup> Myrdal, G.: Internationale Wirtschaft, a.a.O., S. 257 ff.

<sup>105</sup> Biskup, R.: a.a.O., S. 72.

<sup>106</sup> Conzelmann, P.: Partnerschaft mit Entwicklungsländern, a.a.O., S. 283.

wohl den wirtschaftlichen Verkehr beherrschen, die aber mit der Hypothek des kolonialen Zeitalters belastet sind. Professor Meyer, der ehemalige deutsche Botschafter in Neu Delhi, wies auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Januar 1960 darauf hin, daß es gerade Sprachschwierigkeiten und das geringe Einfühlungsvermögen sind, die den Kontakt mit den Bewohnern der Entwicklungsländer so sehr erschweren. Manchmal wird mit der Vorstellung an die Aufgabe herangegangen, man müsse den Entwicklungsländern unsere Lebensweise und unsere Art zu wirtschaften in einer Form überbringen, die an die alten Bräuche derjenigen Lehrer erinnert, die sich aus den ausgedienten Korporalen der preußischen Armee rekrutieren. Was die Entwicklungsländer aber wollen und brauchen, ist ein echter, ehrlicher, fundierter Rat und nicht eine Belehrung von „Entwicklungsoberlehrern“.

Die Notlage, in der sich die freien Länder bei der Auswahl und Entsendung von Experten befinden, ist letztlich in unserem Gesellschaftssystem begründet. Der Ostblock kann auf Kadenschulen Experten jahrelang schulen; sie werden einfach dorthin beordert und dann nach Bedarf in den Entwicklungsländern eingesetzt. In den westlichen Ländern ist es jedermanns freier Wille, in die Entwicklungsländer zu gehen. Deshalb ist die Zahl der Bewerber nicht groß, und ihre Auswahl kann nicht mit der nötigen Sorgfalt geschehen. Die Sowjetunion kann ihren entsandten Experten auch vorschreiben, wie sie in den jungen Ländern zu leben haben; sie sollen sich, so gut es nur geht, den Sitten und dem Lebensstil des Gastlandes anpassen. Die westlichen Experten dagegen sind in der Regel nicht bereit, ihren Lebensstandard mehr als unbedingt nötig herunterzuschrauben, und ihre hohen Gehälter ermöglichen ihnen einen Lebensstandard, der demjenigen der Einheimischen weit überlegen ist. Grundsätzlich läßt sich an dieser Diskrepanz nichts ändern, aber vielleicht kann eine intensive Aufklärung, die von staatlicher Seite ebenso kommen muß wie von seiten der großen Industriefirmen, die ihre Monteure und Ingenieure in die Entwicklungsländer schicken, und von seiten der Gewerkschaften, manches Unheil verhüten.

Die zweite Möglichkeit der Beratungshilfe besteht in der Ausbildung von Arbeitern, Studenten und Lehrern bei uns. In der Bundesrepublik und Westberlin studieren gegenwärtig etwa 20 000 Ausländer, davon stammen beinahe die Hälfte aus Entwicklungsländern. Auch die Zahl der ausländischen Praktikanten in der Bundesrepublik hat 8000 schon überschritten<sup>107</sup>; davon werden allein für das vielumstrittene Hüttenwerk Rourkela 300 Ingenieure in deutschen Werken ausgebildet<sup>108</sup>.

<sup>107</sup> Pfeffer, K. H.: a.a.O., S. 143.

<sup>108</sup> Heinrich, H.: Das Hüttenwerk Rourkela in Indien, Stahl und Eisen,

Beweggründe, die wir oft nur schwer verstehen können, veranlassen einen Asiaten oder Afrikaner, bei uns zu studieren. Zuweilen sehen Studenten aus Afrika und dem Nahen Osten in Westdeutschland einen Kampfgenossen gegen den „britischen und französischen Kolonial-Imperialismus“, obgleich sie eigentlich wissen sollten, daß die Unbeflecktheit der Deutschen in Fragen des Kolonialismus die Keuschheit mangelnder Gelegenheit ist. Die Anziehungskraft des „Wirtschaftswunderlandes“, das „Land der Dichter und Denker“ oder welche Gründe es sonst noch sein mögen, die den ausländischen Studenten zum Studium in Westdeutschland verlocken, wir stehen der Tatsache steigender Studentenzahlen aus den Entwicklungsländern gegenüber, und wir müssen uns fragen, was wir tun können, um die daraus resultierenden Anpassungsschwierigkeiten für beide Staaten zu überwinden. Denn um gerecht zu sein, müssen wir auch den ausländischen Kommilitonen Wege zeigen, wie sie sich unserem Lande anpassen können. Aber das eine ist nicht ohne das andere denkbar, und eine echte Partnerschaft ist nur möglich, wenn sich beide Seiten um ein vernünftiges Zusammenleben bemühen.

Ein ausländischer Student stößt, wenn er an eine deutsche Hochschule kommt, auf folgende Schwierigkeiten<sup>109</sup>: Er ist ungenau über das Gastland informiert. Es wäre seine Aufgabe gewesen, das, bevor er hierher kommt, zu tun, und es wäre unsere Aufgabe gewesen, ihm Material dafür zur Verfügung zu stellen. Seine Sprachkenntnisse sind so schlecht, daß er sich nur schwer bei uns verständigen kann; es wäre seine Aufgabe gewesen, sich vorher sprachlich in einer Weise auf den Aufenthalt im Ausland vorzubereiten, daß es für ihn keine Verständigungsschwierigkeiten gibt und daß er den Vorlesungen zu folgen vermag. Von unserer Seite muß dem ausländischen Studenten aber die Möglichkeit gegeben werden, unsere Sprache möglichst schnell zu lernen. Ferner ist es für einen ausländischen Studenten äußerst schwierig, ein ihm bekömmliches Essen zu einem erschwinglichen Preise zu bekommen, und noch viel mühsamer ist es, ein geeignetes Quartier an einem Hochschulort zu finden, besonders dann, wenn der Student eine andere Hautfarbe hat. Über dieses Problem wurde in den letzten Monaten viel geschrieben, und als Ausweg wird die Errichtung von Wohnheimen empfohlen. Gerade vor der Einrichtung spezieller Ausländerwohnheime muß man jedoch warnen, denn diese verewigen eines der größten Hemmnisse, auf das ausländische Studenten bei uns stoßen: es fällt ihnen sehr schwer, persönliche Kontakte mit einheimischen Kommilitonen und mit der Be-

---

Zeitschrift für das deutsche Hüttenwesen, Düsseldorf, 80. Jahrgang, Heft 4/1960, S. 206.

<sup>109</sup> Danckwortt, D.: Erfahrungen und Anregungen zur Betreuung ausländischer Studenten, Bonn-Hamburg 1959.

völkerung zu finden. Als zusätzliche Komplikation ist die zögernde und oft nur auf bürokratischen Umwegen zu erlangende Unterstützung der Studenten aus Entwicklungsländern in besonderen Notfällen zu erwähnen. Und schließlich ist die Aufrechterhaltung einer dauerhaften Verbindung nach der Heimkehr in den meisten Fällen beinahe unmöglich.

Diese Skala von Schwierigkeiten wird bei uns durchaus erkannt, und eine Menge von Organisationen und Stellen befassen sich mit der Betreuung ausländischer Studenten. Den vielfältigen Bemühungen kann aber nur Erfolg beschieden sein, wenn die damit betrauten Personen die Voraussetzungen eines fruchtbaren Miteinander zwischen einheimischen und ausländischen Studenten kennen und ihre Konsequenzen daraus ziehen. Grundlage jedes Zusammenlebens ist die Kenntnis der anderen Kultur. Damit ist auch die Fähigkeit verbunden, sich in die Situation und Lebensgewohnheit anderer Menschen hineinzuversetzen, und außerdem muß man in der Lage sein, seinem Gegenüber die eigene Kultur verständlich zu machen. Dazu gehört ferner, daß man Kenntnis nimmt von der sozialen und politischen Entwicklung in unserer sich stürmisch wandelnden Welt. Ein Student aus einem Entwicklungsland wird sich auch nur dann bei uns wohlfühlen, wenn man für seine geistigen Interessen, die oft aus einem ganz anderen Kulturkreis stammen, und auch für seine materiellen Sorgen Verständnis aufbringt. Dabei darf der fremdländische Student nie das Gefühl haben, daß er der Gegenstand mitleidiger Fürsorge ist, sondern er muß wissen, daß er in gleichberechtigter Mitarbeit und vielleicht auch Mitverantwortung an unseren Fragen und Problemen teil hat wie wir an den seinen.

Welche Aufmerksamkeit der Ostblock dem Problem der Ausbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer unter seinem Einfluß schenkt, zeigen die vielen Institutsgründungen der letzten Jahre. An der Moskauer Akademie der Wissenschaft gibt es afrikanische und asiatische Institute, ebenso in Taschkent und anderen russischen Hochschulorten. In Ostberlin wurde eine Hochschule für arabische Gewerkschaftsfunktionäre und in Budapest eine Schule des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes gegründet<sup>110</sup>. Im Februar 1960 verkündete der Ministerrat der Sowjetunion sogar die Errichtung einer „Völkerfreundschaftsuniversität“, die in diesem Jahr 500, später sogar 3000 bis 4000 Studenten und Studentinnen aus Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika aufnehmen soll, die alle ein Vollstipendium erhalten werden.

---

<sup>110</sup> Herczeg, K. L.: Ein gemeinsames Entwicklungsprogramm, Die Zeit vom 29. 1. 1960.

### § 9. Schlußbemerkungen

Wenn man das gewaltige Problem der Entwicklungsförderung mit Eilschritten durchmessen, hie und da für einen Augenblick an einem Punkt innegehalten hat, um dann mit einem großen Sprung bis zum nächsten vorzudringen, so kann damit weder ein allumfassendes, noch ein mit vielen Details ausgestattetes Bild entstehen. Beides sei umfangreicheren Arbeiten vorbehalten. Die geschilderten Fakten und die daran anknüpfenden Überlegungen sollten zeigen, daß wir uns mit den Entwicklungsländern wohl auf dem Boden wirtschaftlicher Kategorien befassen können, daß wir aber nie außer acht lassen dürfen, daß die Wirtschaft nicht aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben herausgelöst werden kann. Jedes Entwicklungsland hat nicht nur eine Gegenwart, in der das wirtschaftliche Wachstum von sehr großer Bedeutung ist — und doch nicht die allein ausschlaggebende Rolle spielt —, sein jetziger Status gründet sich auf eine lange geschichtliche Entwicklung, die Verhaltensweisen seiner Bewohner entspringen einer gesellschaftlichen und religiösen Tradition, deren Ursprünge weit zurückgehen, und vor ihm liegt eine Zukunft, die von ihm die Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Übergangs- und Wachstumsschwierigkeiten fordert.

Wir haben betont, daß eine wirksame Entwicklungsförderung nur auf gut durchdachten und ausgearbeiteten Entwicklungsplänen beruhen kann, die in allen Einzelheiten auf das jeweilige Entwicklungsland abgestimmt sind. Derartige Pläne sind aber nur in gemeinsamer Arbeit vieler Wissenschaftszweige zu erstellen. Wissenschaft, Wirtschaft und Politik müssen sich ihrer gemeinsam annehmen. Auf seiten der Wissenschaft ist möglicherweise eine Richtung im besonderen dazu berufen, Pionierarbeit zu leisten: die in Deutschland von Günter Schmölders mit großem Nachdruck unterstützte sozialökonomische Verhaltensforschung<sup>111</sup>. Diese Forschungsrichtung sucht den Menschen und seine

<sup>111</sup> Folgende Veröffentlichungen sind bis jetzt u. a. auf dem Gebiet der sozialökonomischen Verhaltensforschung erschienen:

Schmölders, G.: Ökonomische Verhaltensforschung, Ordo-Jahrbuch 5. Bd., Düsseldorf-München 1953.

Ders.: Ökonomische Verhaltensforschung, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 71, Köln-Opladen 1957.

Ders.: Die Politiker und die Währung, Frankfurt a. M. 1959.

Ders.: Der Grundsatz der Budget-Publizität, ein Kapitel der Finanzpsychologie, Finanzarchiv N.F. Bd. 18, Tübingen 1958.

Ders.: Finanzpsychologie, Finanzarchiv N.F. Bd. 13, Tübingen 1951.

Ders.: Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft, Probleme der Finanzpsychologie, Hamburg 1960.

Scherhorn, G.: Verhaltensforschung und Konsumtheorie. Schmollers Jahrbuch, 80. Jahrg., Heft 1, Berlin 1960.

Außerdem gibt G. Schmölders eine Reihe Beiträge zur sozialökonomischen Verhaltensforschung heraus: Heft 1: Scherhorn, G., Bedürfnis und Bedarf, Berlin 1959; Heft 2: Meißner, H. G., Anthropologische Grundlagen der Exportmarktforschung, Berlin 1959.

Verhaltensweisen und -motive im wirtschaftlichen und sozialen Leben zu erfassen; sie bedient sich dabei der Beobachtung und Befragung ebenso wie der Motivforschung und Institutionsanalyse<sup>112</sup>. Diese Forschungsrichtung müßte aber ausgebaut und intensiviert werden und sich in besonderer Weise mit dem Entwicklungsländerproblem beschäftigen, um zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen. So wichtig die wirtschaftlichen und politischen Fakten im einzelnen sind, sie können uns bei den Anstrengungen zur Förderung der Entwicklungsländer nur zum Ziel führen, wenn sie in einer Gesamtschau vor dem Hintergrund geschichtlicher, ethnologischer, soziologischer und sozialpsychologischer Tatbestände gesehen werden.

Bei Überlegungen, die sich mit Entwicklungsländern und weit entwickelten Industrieländern befassen, tut es uns zuletzt auch not, daran zu denken, daß viele Entwicklungsländer zwar wirtschaftlich im Hintertreffen sind, daß aber „die Wirtschaft, um die das Denken und Handeln der westlichen Welt kreist, nicht der Güter höchstes ist, daß die moralischen und geistigen Werte ungleich wichtiger sind“<sup>113</sup>. Der Präsident der indonesischen Republik, Sukarno, sagte 1956 in Heidelberg: „Indonesien wird oft als unterentwickeltes Land bezeichnet. Ich will Ihnen offen sagen, daß wir diesen Ausdruck nicht besonders schätzen. Unsere Wirtschaft ist unterentwickelt, das ist wahr; das Potential unseres Volkes ist wirtschaftlich nicht ausgenutzt, das ist wahr. Aber eine Nation lebt nicht aus ihrer Wirtschaft. Ein Staat lebt aus der Quelle seiner moralischen Werte und seiner geistigen Substanz“<sup>114</sup>.

---

<sup>112</sup> Schmölders, G.: Das Irrationale ... a.a.O., S. 153.

<sup>113</sup> Laum, B.: a.a.O., S. 376.

<sup>114</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 8. 1956.